

## **Kündigungen verhindern S. 3**

Können die Arbeitsplätze bei Opel noch erhalten werden? Der Landtag debattierte über die Zukunft der Opelbeschäftigten und war sich darüber einig, dass GM Verantwortung übernehmen müsse.

## **Brücken sanieren S. 7**

Sanierungsstau bei den Autobahnbrücken in NRW. Der Verkehrsminister berichtete dem Landtag anlässlich der Sperrung der Leverkusener Rheinbrücke über den teilweise maroden Zustand der Bundesbrücken.

## **Haushalt konsolidieren S. 9-11**

Ausgaben von rund 60 Milliarden Euro veranschlagt die Landesregierung für ihren Haushalt 2013. Streit gab es darüber, wie die Schuldenbremse 2020 eingehalten werden kann.

## **Jubiläum feiern S. 18**

Seit 25 Jahren tagt der Landtag in seinem „neuen“ Parlamentsgebäude am Rhein. Die Volksvertretung würdigt dieses Jubiläum das ganze Jahr über mit unterschiedlichen Aktionen.



# Streit über Bremsweg

## Der Haushalt 2013 und das Schuldenverbot 2020



# Weichenstellungen

Fast 1.000 Kilometer hoch wäre ein Turm aus 2-Euro-Stücken, die eine Milliarde Euro ausmachen. 60 Mal so viel umfasst dieses Jahr der Haushaltsplan für Nordrhein-Westfalen. Er ist aufgeteilt in 15 Einzelpläne, die derzeit von allen Ausschüssen und Unterausschüssen des Landtags unter die Lupe genommen werden. Wofür muss Geld, wofür sollte Geld ausgegeben werden, wo könnte und sollte man sparen – diese Fragen bestimmen die Beratungen über die Detailfragen des Zahlenwerks.

Ein Ziel ist strikt vorgegeben: Laut Grundgesetz dürfen neben dem Bund auch die einzelnen Länder ab dem Jahr 2020 keine neuen Schulden mehr aufnehmen. Weitere Ziele setzt sich die Landesregierung selbst: Sie will, so besagt es auch der Koalitionsvertrag, vor allem bei der Bildung und der Förderung von Kindern und Jugendlichen, der öffentlichen Infrastruktur sowie bei den Kommunen Akzente setzen.

## DIE ROLLE DES SOUVERÄNS

Der Landtag berät den Haushalt in allen Detailfragen. Dreimal ziehen die Ausschüsse dabei externe Fachleute heran: mit Blick auf den Personalhaushalt, auf die Finanzierung der Städte und Gemeinden sowie mit Blick auf den Gesamthaushalt. Es sind spannende Debatten, denn im Jahr eins der neuen Legislaturperiode sollen, so Regierung und die sie

tragenden Fraktionen, die Weichen für die oben genannten Ziele gestellt werden.

Darüber wird also derzeit in der Vertretung des Souveräns, des Volkes, gerungen und gestritten. Und noch eine Frage beschäftigt die Parlamentarierinnen und Parlamentarier nach den Erfahrungen aus dem Jahr 2012, in dem aufgrund von außerplanmäßigen Landtagswahlen der Haushalt erst Ende des Jahres verabschiedet wurde: Wie kann der Einfluss des Parlaments auf die Mittelvergabe vergrößert werden? Und wie kann gegenüber der Öffentlichkeit mehr Transparenz mit Blick auf den Landeshaushalt hergestellt werden? Auch hierzu liegen entsprechende Anträge auf dem Tisch. In dieser Ausgabe von Landtag Intern findet sich zu diesem Thema der Bericht über die Expertenanhörung des Haushaltsausschusses (S. 9) und ein „Schlag auf Schlag“ mit Positionen der fünf Fraktionen (S. 10/11).

Wie sich das Landesparlament überhaupt entwickelt hat, wo es heute steht und welche Herausforderungen für die Zukunft gesehen werden, ist Thema eines anderen spannenden Prozesses: Der Landtag nimmt das 25. Jubiläum seines Neubaus am Rhein zum Anlass für Rück- und Ausschau. Hierzu eine Einführung und ein Überblick auf geplante Jubiläumsaktionen auf Seite 18.

Die Zeiten ändern sich, und wir ändern uns in ihnen: Auch römische Weisheiten behalten dabei ihre Gültigkeit.

CW



## Schwerpunkt: Haushalt 2013

„Ohne Geld läuft da nix“ ..... 9

Schlag auf Schlag ..... 10-11

## Leserservice & kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren? Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW, Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de

Vielen Dank! Ihre Landtag Intern-Redaktion

# Inhalt

## Aus dem Plenum:

<b>Wirtschaft I: Kündigungen bei Opel verhindern .....</b>	<b>3</b>
<b>Wirtschaft II: Wie Industrie im Ruhrgebiet sichern? .....</b>	<b>4</b>
<b>Wirtschaft III: Mehr Ruhe am Sonntag .....</b>	<b>5</b>
<b>Inneres: Bekämpfung des Rechtsextremismus .....</b>	<b>6</b>
<b>Bergbau: Bundesberggesetz reformbedürftig....</b>	<b>6</b>
<b>Verkehr: Schwergewichtige Probleme .....</b>	<b>7</b>
<b>Enquete: Einstimmig pro Enquetekommission ....</b>	<b>8</b>
<b>Untersuchung: Einstimmig pro BLB-Untersuchung .....</b>	<b>8</b>

## Aus den Ausschüssen:

<b>Umwelt: Kein Konsens über Kanalkontrolle .....</b>	<b>13</b>
<b>Meldungen .....</b>	<b>14</b>
<b>Gesetzgebung .....</b>	<b>12</b>
<b>Forum: „Digitale Daten sind gefährdet“ .....</b>	<b>15</b>
<b>Aus den Fraktionen .....</b>	<b>16-17</b>
<b>Forum: 25 Jahre Landtag am Rhein .....</b>	<b>18</b>
<b>Interview: Daniel Düngel (PIRATEN) .....</b>	<b>19</b>
<b>Impressum .....</b>	<b>19</b>
<b>Termine .....</b>	<b>20</b>



Wirtschaftsminister  
Garrelt Duin (SPD)

# Kündigungen bei Opel verhindern

## Fraktionen im Ziel einig, die Arbeitsplätze in Bochum zu erhalten

13. Dezember 2012 – Auf Antrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN (Drs. 16/1667) wurde im Plenum die Lage bei Opel diskutiert. Anlass war die Ankündigung von Opel bzw. seinem Mutterkonzern General Motors (GM), die Endmontage von Fahrzeugen in Bochum 2016 zu beenden. Alle Fraktionen waren sich darüber einig, dass es Entlassungen in die Arbeitslosigkeit nicht geben dürfe und dass das Unternehmen dafür in die Verantwortung genommen werden müsse.

Obwohl die Zukunft der Endmontage seit längerem diskutiert worden sei, sei der vergangene Montag ein bitterer Tag für Bochum und ganz Nordrhein-Westfalen gewesen, wertete **Thomas Eiskirch** (SPD) das von GM verkündete Aus für die Bochumer Opel-Automobilproduktion. Die Beschäftigten und ihre Familien seien fassungslos und wütend über die rigide Informationspolitik des Managements. Opel müsse sich aber seiner Verantwortung gegenüber der Belegschaft stellen, forderte Eiskirch, und betriebsbedingte Kündi-

Versprechen, die Komponentenfertigung weiterzuführen, so **Schneckenburger**, müsse GM jetzt einstehen, erst dann könne aus dem anstehenden Wandel auch eine Chance für den Standort Bochum werden.

Der CDU-Abgeordnete **Christian Haardt** warf der Landesregierung mangelnde Initiativkraft vor. Die wirtschaftspolitischen Seismografen der SPD hätten versagt. Der Wirtschaftsminister habe erst aus der Presse über die Einstellung der

keinen betriebsbedingten Kündigungen komme. In dieser schwierigen Situation müsse der Blick aber jetzt nach vorn gerichtet werden, so **Brockes**. Wichtig sei, sich mehr um die Zukunft zu kümmern als um die Vergangenheit. GM müsse daher dafür Sorge tragen, dass der Standort Bochum trotz der schwierigen Lage auf dem Automarkt eine neue Perspektive bekomme. Das müsse die Landesregierung von GM einfordern, damit Innovationen wieder eine Chance hätten.

Die Konzernleitung von General Motors müsse sich in die Pflicht nehmen lassen, forderte **Monika Pieper** (PIRATEN) bezüglich der Entscheidung für das Opel-Aus in Bochum. Der Konzern sei weder ehrlich mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgegangen, noch habe er Bochum zu einem zukunftsfähigen Standort ausbauen wollen. Pieper kritisierte die Strategie des Unternehmens. Dieses habe „auf Kosten der Arbeitnehmer amerikanische Management-Azubis der Konzernmutter GM durch die deutschen Opel-Vorstände“ geschleust. Deren durchschnittliche Verweildauer von drei Jahren in den Unternehmen der Opel-Gruppe zeuge nicht von einer nachhaltigen und verantwortungsvollen Konzernpolitik.

Die Landesregierung lasse die Verantwortlichen in Bochum nicht allein, sagte **Wirtschaftsminister Garrelt Duin** (SPD). So wolle man im Rahmen einer „Bochum Perspektive 2022“ mit allen Be-



Fotos: Schälte

Thomas Eiskirch (SPD) Daniela Schneckenburger (GRÜNE) Christian Haardt (CDU) Dietmar Brockes (FDP) Monika Pieper (PIRATEN) Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD)

gungen dürften auch nach 2016 nicht stattfinden. Bochum brauche eine Zukunftsperspektive als starker Industriestandort, dafür müsse Opel ein entsprechendes Konzept entwickeln.

Das Aus für Opel „ist ein herber Schlag“, sagte **Daniela Schneckenburger** (GRÜNE). Nicht nur die Opelbeschäftigten, sondern auch über 20.000 Menschen in der Automobilzulieferindustrie würden um die Zukunft ihrer Arbeitsplätze bangen. Die Hauptschuld für die wirtschaftliche Schiefelage von Opel liege beim Mutterkonzern GM, der sich auf Kosten der europäischen Werke Liquidität für sein USA-Geschäft gesichert habe. Deswegen sei auch ein möglicher Verkauf von Opel verhindert worden. Für das

Endmontage in Bochum erfahren, der frühere Ministerpräsident Rüttgers hingegen habe in der Vergangenheit durch direkte Verhandlungen Standortschließungen verhindern können. In Richtung Landesregierung sagte Haardt: Es dürfe nicht nur Solidaritätsbekundungen geben. So müsse es beim klaren Bekenntnis für eine Auto-Produktion bleiben; auch auf letzte Rettungsversuche dürfe nicht verzichtet werden. Der GM-Konzern müsse sich seiner Verantwortung stellen.

Die Beschäftigten von Opel hätten einen großen Beitrag zum Erhalt des Unternehmens geleistet, lobte **Dietmar Brockes** (FDP) das bisherige Engagement der Belegschaft. Deswegen müsse GM zu seinem Wort stehen, dass es auch tatsächlich zu

teiligten über Lösungen sprechen. „Wir wollen den Ausschluss von betriebsbedingten Kündigungen. Wir wollen in Bochum eine hochwertige Komponentenförderung“, so Duin. Das Unternehmen müsse einen spürbaren Beitrag für eine mögliche Entwicklungsgesellschaft leisten.

**Ministerpräsidentin Hannelore Kraft** (SPD) wies die Kritik an ihrer Rolle bei der Koordinierung von Gesprächen mit GM auf Länderebene zurück und bezeichnete den „Versuch, die Standorte gegeneinander auszuspielen“, als der Sache „unwürdig“. Landesbürgschaften für den Zulieferer Magna, wie sie bei der geplanten Opelrettung 2009 im Gespräch waren, würde sie heute auch wieder unterstützen.

zei



# Wie Industrie im Ruhrgebiet sichern?

## Ein Unternehmenspark führt zur Grundsatzdebatte

*14. Dezember 2012 – Ein Industriepark, der von 23 Gemeinden, zwei Kreisen und der IHK Nord Westfalen getragen wird, stand im Mittelpunkt einer Aktuellen Stunde. Es sei notwendig, jetzt über eine mögliche Bürgschaft des Landes in Höhe von 17,5 Millionen Euro für diesen Park zu entscheiden, da sonst die Kaufoption für das Grundstück sowie EU-Mittel ausliefen, so die FDP. Während die CDU die Forderung unterstützte, verwiesen Landesregierung und regierungstragende Fraktionen auf offene Fragen und Risiken, die vor einer Bürgschaftsgewährung zu klären seien. Die PIRATEN denken, dass es ausreichend Flächen in NRW gebe.*



Holger Ellerbrock (FDP)

Rainer Schmeltzer (SPD)

Josef Hovenjürgen (CDU)

Das Konzept der newPark GmbH sehe vor, eine Fläche von 550 Hektar aufzukaufen, so **Holger Ellerbrock** (FDP). Zunächst auf rund 150 Hektar sollten ab dem Jahr 2014 Unternehmen des produzierenden Gewerbes angesiedelt werden, die zum Beispiel die Abwärme des Kraftwerks Datteln nutzen könnten. Als Problem definierte der FDP-Sprecher, dass man hinsichtlich der europäischen Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH) Erholung und regionalem Grünzug eine konkurrierende Nutzung zugelassen habe, die eine Umsetzung erschwere. Es sei aber notwendig, zur Sicherung des Investitionsklimas und der Arbeitsplätze die vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen und eine positive Entscheidung zu treffen.

Seine Fraktion unterstütze das große regionale newPark-Projekt, erklärte **Rainer Schmeltzer** (SPD): „In Nordrhein-Westfalen müssen weiterhin große Industrieansiedlungsprojekte möglich sein.“ Um aber auszuschließen, dass sich mögliche Betriebe einfach verlagern, müsse sich das erste Unternehmen, das sich ansiedele, eine Flächengröße von mindestens zehn Hektar besitzen. Außerdem müsse die Landesregierung angesichts der rechtlichen Anforderungen sorgfältig arbeiten. Zum Beispiel sei zu berücksichtigen, dass der Planfeststellungsbeschluss zur Verkehrsanbindung derzeit beklagt werde. Und schließlich müsse sichergestellt werden, dass das Vorhaben umweltverträglich sei.

Bei der SPD prägte nicht das klare „Ja“, sondern das „Aber“ die Position, kommentierte **Josef Hovenjürgen** (CDU). Bei dieser Sichtweise scheidet das Ruhrgebiet zukünftig für industrielle Ansiedlungen aus. In der Geschichte habe sich dort eben das Wohnen rund um die Arbeitsplätze entwickelt, so dass altindustrielle Flächen eigentlich nur noch für nicht störendes Gewerbe, also Einzelhandel, genutzt werden könnten. Das bedeute aber einen Angriff auf die Innenstädte. „Wer Industrie will, wer will, dass dieses Land industrieller Schwerpunkt bleibt, der muss im Ruhrgebiet Arbeit zulassen, der muss newPark wollen“, so Hovenjürgen. Ansonsten werde es dort eine „Spirale nach unten“ geben.

Neuansiedlungen und die Ausweisung von Gewerbeflächen seien an rechtliche Vorgaben gebunden, hob **Daniela Schneckenburger** (GRÜNE) hervor. Die newPark-Fläche habe man vor 35 Jahren im Landesentwicklungsplan für Großvorhaben ausgewiesen, passiert sei nichts. Daraufhin habe man in den neunziger Jahren die Pläne über-

arbeitet. Schneckenburger verwies auf die Risiken erstens hinsichtlich der Planfeststellung der Verkehrsanbindung, zweitens bezüglich möglicher Unternehmensverlagerungen und drittens in Sachen FFH-Verträglichkeit. Diese Fragen müsse die Landesregierung sorgfältig prüfen, bevor sie über eine Bürgschaft entscheide. Außerdem seien die rechtlichen Verfahren abzuwarten.

Die Region nördlich der Ruhr brauche Perspektiven, die für ein neues Wirtschaftsprofil und für Arbeitsplätze sorgten, meinte **Oliver Bayer** (PIRATEN). Der Strukturwandel dort sei allerdings nicht mit einem „ideenlosen, allein durch seine Größe überzeugenden und dafür gänzlich unerschlossenen Industriegebiet voller Luftschlösser“ zu meistern. Außerdem fehlten die Standortfaktoren, die Unternehmen davon überzeugten, sich dort anzusiedeln. So gebe es keine bestehenden Agglomerationen, keine Wertschöpfungsketten oder irgendwelche anderen Synergiemöglichkeiten. Angesichts der langen Planungszeit könne es doch kein Problem sein, die Option, das Grundstück zu kaufen, zu verlängern.

„Diese Landesregierung tut alles für neue Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen – erst recht in der Emscher-Lippe-Region“, betonte **Wirtschaftsminister Garrelt Duin** (SPD). Bevor die Landesregierung eine Bürgschaft über 17,5 Millionen Euro übernehme, müsse sie die Risiken für die Realisierung dieses Projekts bewerten. So gebe es weder eine Anbindungsstraße noch eine Bauleitplanung für die geplante Fläche. Außerdem sei die Schadstoffbelastung der Region zu klären. Schließlich müssten die beteiligten Kommunen die Eigenanteile des Projekts stemmen. Die Landesregierung führe mit dem Grundstückseigner Gespräche, um die Ankaufoption zu verlängern und die notwendige Zeit zu gewinnen. CW



Fotos: Schälte

Daniela Schneckenburger (GRÜNE)

Oliver Bayer (PIRATEN)



# Mehr Ruhe am Sonntag

## Landtag berät verändertes Ladenöffnungsgesetz in erster Lesung

13. Dezember 2012 – Pünktlich zum alljährlichen Weihnachtsgeschäft hat der Landtag über einen früheren Ladenschluss in Nordrhein-Westfalen diskutiert. Die Landesregierung will mit ihrem vorgelegten Gesetzentwurf (Drs. 16/1572) nach eigenen Angaben insbesondere die „Auswüchse“ bei den verkaufsoffenen Sonntagen eindämmen. Teile der Opposition sehen dabei die einzelnen Ortsteile stark benachteiligt.

„Das Wochenende wird wieder stärker geschützt“, betonte **Wirtschaftsminister Garrelt Duin** (SPD). Demnach dürften Kommunen pro Jahr nur noch zwölf Sonn- und Feiertage plus einen Adventssonntag als verkaufsoffen freigeben. Samstags müssten die Läden wieder spätestens um 22 Uhr schließen – bis zu vier Mal im Jahr sei bei besonderen Gelegenheiten allerdings Late-Night-Shopping bis 24 Uhr erlaubt, erläuterte Duin. Außerdem habe die Regierung das an Sonn- und Feiertagen zulässige Sortiment von Floristen, Bäckereien und Co. klarer definiert sowie das maximale Bußgeld bei Verstößen gegen das Gesetz auf 5.000 Euro erhöht. Insgesamt sei dies eine „ausgewogene Lösung“.

**Thomas Eiskirch** (SPD) räumte ein: „Dies ist kein Gesetz, bei dem man davon ausgehen kann, Beifall von allen Seiten zu bekommen.“ Doch bei so konträren Interessen sei dies auch nicht zu erwarten. Insgesamt zeigten die Reaktionen, dass Rot-Grün die Lösung praxisnah abgewogen habe. In Sachen Sonn- und Feiertagsöffnung ergänzte Eiskirch: Jede Verkaufsstelle dürfe weiterhin nur maximal vier Mal im Jahr an solchen Tagen öffnen. Das neue Gesetz schreibe nun zusätzlich einen Anlassbezug vor und deckele die Zahl der hierfür infrage kommenden Termine pro Kommune auf zwölf. Zudem verwies der SPD-Politiker darauf, dass Late-Night-Shopping unter der Woche weiterhin möglich sei.

„Wir haben derzeit ein gutes, flexibles und ausgewogenes Ladenöffnungsgesetz“, betonte **Ralf**

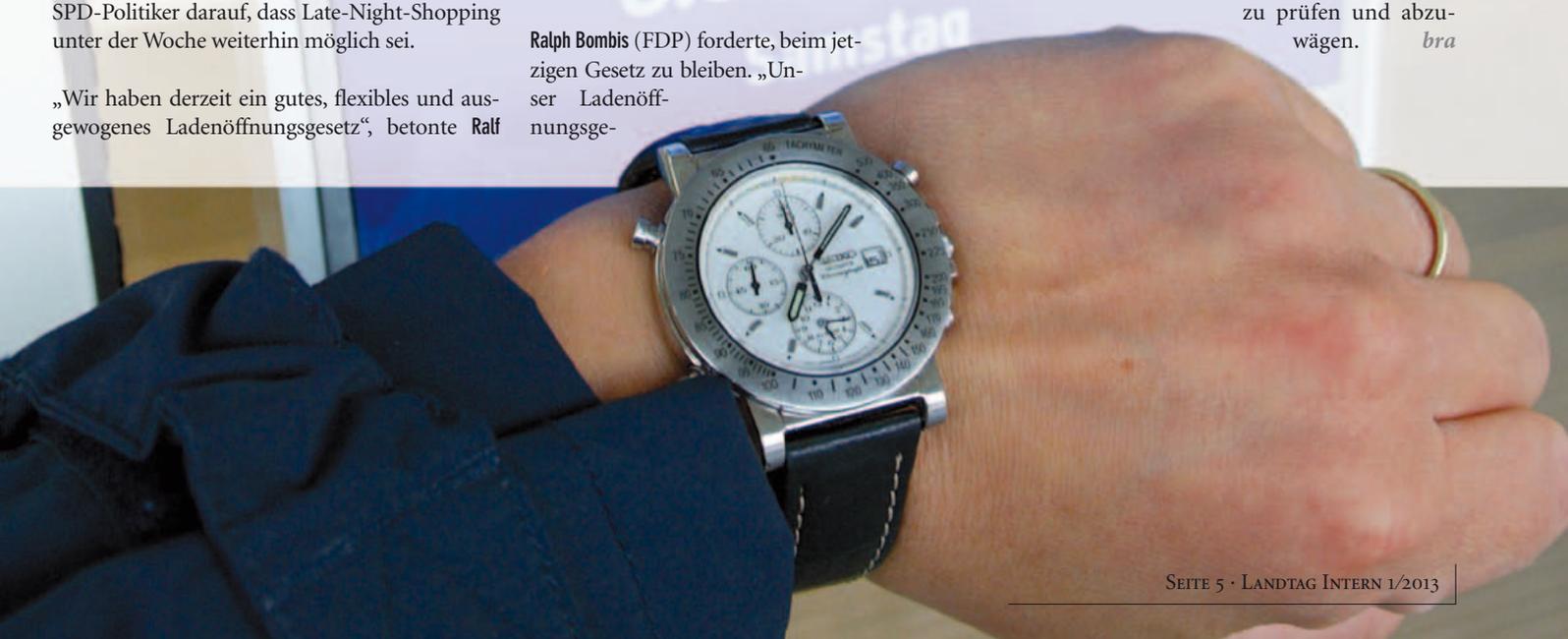
**Nettelstroth** (CDU). Die Kommunen gingen verantwortlich damit um. Er zeigte sich daher erleichtert, dass der Entwurf weniger restriktiv ausfalle, als zunächst von ihm befürchtet. Der geplante Anlassbezug, wonach Geschäfte sonntags und feiertags nur etwa bei örtlichen Festen, Märkten und Messen öffnen dürften, sei sinnvoll. Allerdings kritisierte der CDU-Abgeordnete unter anderem, dass Rot-Grün die Zahl der Sonntagsöffnungen auf zwölf Tage pro Kommune beschränken wolle. Das schade den einzelnen Ortsteilen und dem dort ansässigen Einzelhandel gegenüber den Innenstädten, befürchtete er.

Diese Auffassung teilte **Daniela Schneckenburger** (GRÜNE) nicht: „Die Profilierung gegenüber den Innenstädten kann durch Absprache in den Kommunen bezüglich der Aufteilung der Sonntage erreicht werden.“ Genau das strebe Rot-Grün an. Insgesamt bewertete Schneckenburger die Korrekturen im Entwurf als „maßvoll“. Es sei richtig, den Samstagabend als Einstieg in den Sonntag stärker zu schützen. Zudem betonte die GRÜNE: „Ganz entscheidend ist, dass wir wieder einen Anlassbezug herstellen.“ Dies sei der wesentliche Fehler des aktuell gültigen schwarzgelben Gesetzes: „Sie haben den Anlassbezug herausgenommen und damit den Sonntag de facto komplett zur Öffnung freigegeben.“

**Ralph Bombis** (FDP) forderte, beim jetzigen Gesetz zu bleiben. „Unser Ladenöffnungsgesetz

hat eine klare Wachstumsdynamik entfaltet“, verwies er auf gestiegene Arbeitsplatzzahlen im Einzelhandel. Den rot-grünen Entwurf bezeichnete Bombis als „Rückschritt“. Dieser produziere neue Bürokratie, wende sich gegen die Lebensgewohnheiten der Menschen und beschränke die Entscheidungsfreiheit von Kaufleuten und Kommunen. Zudem missachte er die Interessen der kleinen Stadtteile. Anders als suggeriert, sei der Entwurf auch für die Beschäftigten im Einzelhandel kein Gewinn, so Bombis: Schon jetzt könnten sie maximal bis zu vier Mal im Jahr an ihren Verkaufsstellen eingesetzt werden.

Für eine „unaufgeregte“ Debatte des Gesetzentwurfs plädierte der PIRATEN-Abgeordnete **Daniel Schwerd**: „Zumindest beim letzten Mal fiel mir nämlich auf, dass einige Kollegen angesichts einer angestrebten Änderung der Ladenöffnungszeiten quasi das Ende des Abendlandes heraufziehen sahen.“ Dabei ändere sich mit dem Entwurf doch für die meisten Tage relativ wenig: „Eine Verkürzung der Ladenöffnungszeiten an einem Samstag von 24 auf 22 Uhr würden vermutlich nur die wenigsten merken.“ Die Anpassungen bei Warensortiment und Anlassbezug seien „offenbar nötig“ gewesen, meinte Schwerd. Fragliche Punkte des Gesetzentwurfs gelte es, im Fachausschuss zu prüfen und abzuwägen. *bra*





## Bessere Bekämpfung des Rechtsextremismus

Foto: Schälte

*13. Dezember 2012 – Um an der Erstellung der bundesweiten Rechtsextremismus-Datei (RED) mitwirken zu können, musste das NRW-Polizeigesetz angepasst werden. Der Gesetzentwurf der Landesregierung (Drs. 16/1183) wurde nach kontroverser Debatte über Grundrechte mit den Stimmen der Regierungsfractionen und Teilen der CDU beschlossen.*

Andreas Bialas (SPD) unterstrich, dass die Änderung des Polizeigesetzes direkt auf die Bekämpfung des Rechtsterrorismus abziele, gerade auch hinsichtlich der Mordserie der NSU. „Wir wollen an der bundesweiten Rechtsextremisten-Datei teilnehmen, da Terrorismus nicht an Ländergrenzen haltmacht.“ Der Gesetzgeber müsse ein klares Zeichen setzen, damit potenzielle Straftäter abgeschreckt würden, so Bialas.

Die Teilnahme der NRW-Polizei an der RED ist aus Sicht von Theo Kruse (CDU) „ein wichti-

ger Schritt, um den Kampf gegen den Rechtsextremismus bundesweit besser zu vernetzen“. Damit Ermittlungsspannen mit verheerenden Folgewirkungen wie bei der NSU-Terrorzelle ausgeschlossen würden, unterstütze seine Fraktion den Gesetzentwurf. Dies sei ein „Meilenstein im Kampf gegen den Rechtsextremismus“, so Kruse.

Verena Schäffer (GRÜNE) erinnerte daran, dass die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit gewahrt bleiben müsse. Das Trennungsgebot

von Polizei und Verfassungsschutz sei unbedingt einzuhalten, auch wenn in der Vergangenheit wichtige Informationen nicht weitergegeben worden seien. Erst wenn genug Sensibilität erzeugt werde, könnten Rassismus und Rechtsextremismus effektiv bekämpft werden, so Schäffer.

Der FDP-Politiker Dr. Robert Orth kritisierte, dass bei dem Gesetzentwurf der Landesregierung der Datenschutz nicht ausreichend thematisiert worden sei. So sei der Landesdatenschutzbeauftragte anscheinend nicht in die Beratung über die Gesetzesänderungen einbezogen worden. Deswegen sei auch gar nicht ausreichend geklärt, wie die erhobenen Daten ausgewertet oder auch wieder gelöscht werden sollten, so Orth.

Als „Schnellschussreaktion“ auf die NSU-Affäre bezeichnete Dirk Schatz (PIRATEN) die Einrichtung der neuen Datei: „Sie soll angeblich dazu beitragen, Fehler, wie sie im NSU-Fall passiert sind, zukünftig zu vermeiden.“ Allerdings geschehe das wieder einmal auf Kosten der Grundrechte, so Schatz. So mache das RED-Gesetz keine Angaben zu Löschrufen. Deswegen lehnten die PIRATEN den Gesetzentwurf ab.

Innenminister Ralf Jäger (SPD) erläuterte, der Rechtsextremismus sei zunehmend national und international vernetzt. Deswegen sei es so wichtig, Erkenntnisse über Rechtsextremisten in den jeweiligen Bundesländern in einer Datei zu sammeln. Nur so könne ein vollständiges Bild der rechten Szene erstellt werden. Für Jäger gebiete es der Respekt gegenüber den Angehörigen der Opfer, aus den Fehlern zu lernen. *zei*

## Bundesberggesetz reformbedürftig

*13. Dezember 2012 – Die deutsche Industrie verzeichnet einen steigenden Bedarf an Rohstoffen. Mit der Gewinnung von Rohstoffen im eigenen Land könnte mehr Unabhängigkeit vom Weltmarkt erreicht werden. Eine Reform des Bundesberggesetzes (CDU-Antrag, Drs. 16/1618) wird von allen Fraktionen als notwendig erachtet.*

Die Akzeptanz des Bergbaus und der heimischen Energieträger wieder zu erhöhen, gab Josef Wirtz (CDU) als gemeinsames Ziel vor. In diesem Zusammenhang sei es von fundamentaler Bedeutung, dass eine nötige Weiterentwicklung des Bergrechts nicht zu einem Bergbauverhinderungsrecht mutiere, forderte Wirtz.

Auch für Frank Sundermann (SPD) sind Erhalt und Steigerung der Akzeptanz bergbaulicher Aktivitäten die Schlüssel für die Zukunft des Berg-

baus. Das Bergrecht stelle einen Interessenausgleich zwischen allen Beteiligten her, deswegen sei auch die Landesregierung an einer Reform des Gesetzes interessiert.

Die GRÜNEN-Abgeordnete Gudrun Elisabeth Zentis forderte, dass die Beteiligungsmöglichkeiten im Bergrecht jetzt den Anforderungen des 21. Jahrhunderts angepasst werden müssten. Die aktuelle Rechtslage stelle nach Ansicht der GRÜNEN eine eklatante Ungleichbehandlung der Betroffenen von Bergschäden dar.

Zur Rohstoffversorgung benötige Deutschland weiterhin den Bergbau, so Dietmar Brockes (FDP). Gerade die heimische Gewinnung sei wichtig, um die Rohstoffabhängigkeit so niedrig wie möglich zu halten. Auch er unterstütze eine bessere Öffentlichkeitsbeteiligung, allerdings müsse der Datenschutz eingehalten werden.

„Das Bundesberggesetz lässt Betroffenen derzeit keinerlei Gestaltungsspielräume, weshalb wir PIRATEN Schritte in die richtige Richtung der Stärkung der Betroffenen, der Datentransparenz und der Stärkung der Öffentlichkeit unterstützen“, so Kai Schmalenbach (PIRATEN) zur Position seiner Fraktion.

Die heimische Gewinnung fossiler und mineralischer Rohstoffe müsse eine Zukunft, einen hohen Stellenwert haben, meinte Wirtschaftsminister Garret Duin (SPD). Dazu gehöre es, die notwendigen bergbaulichen Schritte rechtlich abzusichern. Die öffentliche Kritik resultiere aus einem Mangel an Transparenz, so Duin. *zei*



derte den Bund auf, die Mittel für die Sanierung bereitzustellen. Ähnlich wie Groschek plädierte er für eine ausgeweitete Lkw-Maut.

Die gesperrte Rheinbrücke sei ein „Symbol für die marode Infrastruktur“ in NRW, befand **Arndt Klocke** (GRÜNE). Analog zum rot-grünen Antrag (Drs. 16/1683) forderte er ein gemeinsames Sonderarbeitsprogramm von Bund und Land. Insgesamt stellte Klocke fest: „Wir brauchen mehr Geld im System für Sanierung.“ Teil der Lösung sei die bereits von seinen Vordnern erwähnte höhere Maut für Lkw ab 7,5 Tonnen auf allen Straßen. Die Gelder müssten eins zu eins in die Infrastruktur fließen, so der GRÜNE. Darüber hinaus müsse sich NRW auf das Notwendige konzentrieren – zentral ginge es um den Erhalt, nicht den Neubau von Straßen. Eine Politik des „Wünsch-dir-was“ sei nicht mehr drin.

„Die Verkehrsinfrastruktur ist das Herz des Industriestandorts Nordrhein-Westfalen“, betonte **Christof Rasche** (FDP). Fast 400 sanierungsbedürftige Bundesbrücken: „Das ist schon eine Hausnummer.“ Die Sperrung der Rheinbrücke sei ein „Super-GAU“ für die Wirtschaft, aber keine Überraschung, meinte Rasche. Dies sei lediglich eine Sache des Zeitpunktes gewesen. Umso fragwürdiger sei, warum Rot-Grün nicht rechtzeitig ein Konzept aufgestellt habe, kritisierte Rasche und meinte: „Wegen des Handelns Ihrer eigenen Verkehrsminister in Berlin ist Ihre Forderung nach mehr Geld vom Bund absolut unseriös.“ Zudem mache der Maut-Vorschlag die Lkw-Fahrer zu „Buhmännern der Nation“.

„Die Situation der Leverkusener Autobahnbrücke ist alles andere als spaßig“, befand **Stefan Fricke** (PIRATEN). Dasselbe gelte auch für die geschätzte halbe Million Euro zur „behelfsmäßigen“ Sanierung, die lediglich ein Loch stopfe bis zum Neubau im Jahr 2020. Die dann anstehende Großbaustelle sei allerdings nur die Spitze des Eisbergs, machte Fricke im Hinblick auf weitere sanierungsbedürftige Brücken deutlich. Statt immer neue Prestigeobjekte einzuweihen, hätte NRW mit dem Geld besser Infrastruktur Instand setzen sollen. Der rot-grüne Antrag sei „reine Kosmetik“. Fricke wandte sich aber auch gegen das „ewige Mantra“ von CDU und FDP, die Straßen müssten breiter werden. *bra*

### Abstimmungsergebnis

Der Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN (Drs. 16/1683) wurde mit den Stimmen der antragstellenden Fraktionen, gegen die Stimmen von CDU und FDP sowie bei Enthaltung der PIRATEN angenommen. Der Entschließungsantrag von CDU und FDP (Drs. 16/1704) wurde abgelehnt.

„Wir haben inzwischen 20 schwere Schäden festgestellt“, berichtete **Verkehrsminister Michael Groschek** (SPD). In Deutschland gebe es keine vergleichbar beschädigte Autobahnbrücke, wengleich der Sanierungsstau auch in NRW enorm sei: „375 Autobahnbrücken müssen dringlich nachgerechnet werden“, betonte der Minister. Das koste rund 3,5 Milliarden Euro. Der Bund zahle NRW für den Erhalt seiner Straßen und Brücken jährlich allerdings nur rund 330 Millionen Euro, erläuterte Groschek und plädierte für eine ausgeweitete Lkw-Maut. Weitere Kosten in Höhe von rund 650 Millionen Euro kämen voraussichtlich wegen maroder Landesbrücken hinzu – 770 von ihnen müsse NRW nachrechnen.

Rot-Grün reagiere immer erst viel zu spät, kritisierte **Bernhard Schemmer** (CDU). Es gebe zahlreiche Ankündigungen, doch am Ende passiere nichts – von präventiver Politik keine Spur. Schemmer stellte klar, dass die Sicherheit der Menschen Vorrang habe. Insofern begrüße

er die Sperrung der Rheinbrücke. Er forderte aber: „Wir müssen das Thema etwas intensiver angehen.“ Der Schwerlastverkehr werde weiter zunehmen – die A1 müsse achtspurig gestaltet werden. Noch im August habe das Verkehrsministerium dem Landesbetrieb Straßen.NRW zehn Jahre Zeit eingeräumt, um die fast 400 Bundesbrücken neu zu berechnen, kritisierte Schemmer: „Diese Aussagen waren, wie wir heute wissen, unverantwortlich.“

Straßen.NRW habe die Brücken gut im Blick, lobte **Reiner Breuer** (SPD). Dem Landesbetrieb sei es zu verdanken, dass die Schäden an der Rheinbrücke frühzeitig aufgefallen seien. Gleichzeitig betonte Breuer: „Die Brücken bröseln, und Deutschland droht der Verkehrsinfarkt.“ Schon jetzt seien 30 Brücken auf NRW-Autobahnen für Laster ab 44 Tonnen nur noch eingeschränkt befahrbar. Das sei kein Wunder: Seit der Wiedervereinigung habe sich die Menge der über Straßen transportierten Güter verdoppelt und die Brücken entsprechend belastet. Breuer for-



Foto: Schälte

## Einstimmig pro Enquetekommission

12. Dezember 2012 – Die erste Enquetekommission der 16. Wahlperiode beschäftigt sich mit der Zukunft der chemischen Industrie in NRW. Das hat der Landtag einstimmig beschlossen. Allerdings plädierten CDU, FDP und PIRATEN dafür, den Arbeitsauftrag weiter zu fassen.

Ziel der Enquetekommission sei es, an der Schnittstelle von Politik, Wirtschaft und Wissenschaft innerhalb von zwei Jahren Empfehlungen zu erarbeiten, die der Schlüsselfunktion der chemischen Industrie als Innovationsmotor für die gesamte Industrie gerecht würden, beschrieb **Hans Christian Markert** (GRÜNE) den Auftrag der Kommission. Dies betreffe unter anderem alternative Rohstoffe zum Öl sowie umweltverträgliche Produktionsverfahren und Werkstoffe.

Die SPD-Fraktion, so deren Sprecher **Rainer Schmeltzer**, begrüße, dass Industriepolitik die erste Enquetekommission dieser Legislaturperiode präge. Das zeige, dass Industrie – hier die chemische Industrie – für die Zukunft NRW unverzichtbar sei. Um die für langfristige Investitionen notwendige Planungssicherheit herzustellen, brauche es einen gesellschaftlichen Konsens insbesondere über die Sicherstellung der Energie- und Rohstoffversorgung.

„Nordrhein-Westfalen ist ein starkes Chemieland“, betonte auch **Matthias Kerkhoff** (CDU). Wer die chemische Industrie dabei unterstützen wolle, müsse alles unterlassen, was ihr schade. Dies betreffe auch die tagespolitische Diskussion über das Klimaschutzgesetz, das die Gefahrberge, Investitionsneigungen zu hemmen. Außerdem schlage die CDU vor, den Arbeitsauftrag der Enquetekommission im Sinne einer ganzheitlichen Betrachtung zu erweitern.

Die Chemieindustrie sei eine Schlüsselindustrie, so **Dietmar Brockes** (FDP). Es sei gerade auch vor dem Hintergrund der Energiewende gut und richtig, eine Enquetekommission zur Zukunft des Chemiestandorts Nordrhein-Westfalen einzurichten. Allerdings gehörten zur Nachhaltigkeit gleichberechtigt auch die ökonomische und die soziale Nachhaltigkeit. „Deshalb wollen wir dies auch gemeinsam mit der CDU in der Enquete aufgreifen“, erklärte Brockes.

„Die chemische Industrie ist ein stabiler Innovationskristallisationspunkt für NRW und seine Wirtschaft“, hob **Oliver Bayer** (PIRATEN) hervor. Allerdings bringe sie nicht nur Lösungen, sondern schaffe auch wieder neue Probleme. Bayer warnte davor, die Richtung der Diskussion vorzugeben. Dies könne „bahnbrechende Innovationen“ behindern. Um möglichst viele Akteure einzubinden, müsse man für die Kommission größtmögliche Öffentlichkeit herstellen. *cw*

## Einstimmig pro BLB-Untersuchung

13. Dezember 2012 – Ebenfalls einstimmig nahm der Landtag einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen an, den Untersuchungsausschuss zu bestimmten Bauvorhaben unter Leitung des Bau- und Liegenschaftsbetriebs (BLB) wieder einzusetzen. In der Aussprache wurden allerdings unterschiedliche Positionen deutlich.

Seine Fraktion nehme positiv zur Kenntnis, dass es auch in dieser Wahlperiode gelungen sei, einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen einzubringen, so **Hartmut Ganzke** (SPD). Zu untersuchen seien die Sachverhalte rund um den Neubau des Landesarchivs Duisburg, den Erweiterungsbau für das Polizeipräsidium Köln-Kalk, das Bauvorhaben Fachhochschule Köln, den Ankauf des Schlosses Kellenberg sowie die Ankäufe des Vodafone-Hochhauses in Düsseldorf und des Landesbehördenhauses Bonn.

Man sei mit den im Untersuchungsauftrag beschriebenen erheblichen Kostenüberschreitungen in Millionenhöhe bei Bauprojekten des BLB konfrontiert, erklärte **Klaus Vossemer** (CDU). Dabei

betonte er aus seiner Sicht fehlende Kontrollmechanismen im rot-grünen Gesetz aus dem Jahr 2000. Die Einsparversprechungen des damaligen SPD-Finanzministers Steinbrück hätten sich „in Millionengräber verwandelt“, verwies Vossemer auf Vermögensverzehr, Kostenüberschreitungen und Sonderabschreibungen.

Es sei die traurige Erkenntnis, dass durch die zu untersuchenden Vorkommnisse den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern in NRW ein schwerer Schaden entstanden sei, kommentierte **Stefan Engstfeld** (GRÜNE). Offensichtlich seien durch die ehemalige schwarz-gelbe Landesregierung Immobilienwünsche an den BLB herangetragen worden, um diese sich sodann verwirklichen zu

lassen – „koste es, was es wolle“ und gegen jede ökonomische und kaufmännische Vernunft, kritisierte Engstfeld.

Der BLB stehe wegen Korruptionsvorwürfen gegen führende Mitarbeiter im Zentrum staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen, so **Dirk Wedel** (FDP). Zwei Sonderprüfungen hätten die Missachtung gesetzlicher Vorschriften, eine stark lückenhafte Dokumentation der Vorgänge und wirtschaftlich nicht nachvollziehbare Entscheidungen zum Nachteil des Landes ergeben. Daher habe der BLB noch einen weiten Weg vor sich, um den ursprünglich gesetzten Zweck seiner Errichtung zu erreichen.

In erfreulicher Einmütigkeit hätten sich die Fraktionen auf die erneute Einsetzung des Untersuchungsausschusses geeinigt, nachdem die Piratenfraktion dies initiativ beantragt habe, unterstrich **Dietmar Schulz** (PIRATEN). Seine Fraktion dürfe die einzige in diesem Parlament vertretene Kraft sein, welche völlig unvoreingenommen hinsichtlich der parlamentarischen und sonstigen Betätigungen im Vorfeld sei und so mit höchstmöglicher Neutralität zur Aufklärung beitragen könne. *cw*



# „Ohne Geld läuft da nix“

## Unterschiedliche Ansichten zur Annäherung an die Schuldenbremse

17. Januar 2013 – Den einen geht es zu schnell, den anderen zu langsam: Die Einsparungen im Haushaltsentwurf fanden bei den geladenen Fachleuten im Haushaltsausschuss (Vorsitz Christian Möbius, CDU) ein unterschiedliches Echo. Und die Kommunen beklagten, das Land verstöße gegen das Konnexitätsprinzip, übernehme also nicht die finanzielle Verantwortung für Dinge, für die es zuständig sei.

Nicht zufrieden mit dem Haushaltsentwurf 2013 zeigten sich die Städte und Gemeinden. Ein Hauptpunkt ihrer Kritik: Bei der Umsetzung der Inklusion, bei der behinderte und nicht-behinderte Kinder zukünftig gemeinsam lernen sollen, werde das Konnexitätsprinzip nicht berücksichtigt. Es reiche nicht, Förderschulen zu schließen und an die anderen ein Schild „inklusives Lernen“ zu heften, so Prof. Dr. Angela Faber für die kommunalen Spitzenverbände. Notwendig seien ein Konzept und die entsprechenden finanziellen Mittel. Immerhin seien die Länder für die Schulgesetze zuständig.

Die Wahrung der Konnexität klagten die Kommunen auch im Hinblick auf den Klimaschutz ein. Das kommende Gesetz in diesem Bereich mache nur Sinn, wenn dessen Umsetzung – also zum Beispiel über die energetische Gebäudesanierung – Pflicht werde für die Kommunen, so Axel Welge. Dafür müsse aber

im Landeshaushalt vorgesorgt werden. Weitere Kritikpunkte betrafen geplante Kürzungen bei der Städtebauförderung sowie beim Hochwasserschutz. Beim U3-Ausbau befürchteten die Kommunalverbände, dass sie mit den vorgesehenen Mitteln nicht auskommen, um den zum 1. August 2013 feststehenden Bedarf zu decken.

### KURZER ODER LANGER BREMSWEG?

Das Verbot neuer Schulden ab dem Jahr 2020 bestimmte die Auseinandersetzung über die grundsätzliche Richtung des Haushalts. So warnte Sebastian Gechert (Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung) vor der Gefahr zu früher und starker Sparmaßnahmen: Diese könnten einen Konjunkturabschwung noch verstärken. Grundsätzlich solle seiner Meinung nach eine Konsolidierung überwiegend über die Einnahmeseite erfolgen. So sei die gegebene strukturelle Unterfinanzierung auch das Ergebnis der Steuergesetzgebung der letzten 15 Jahre.

Dr. Michael Thöne (Finanzwissenschaftliches Forschungsinstitut Uni Köln) wandte sich zwar auch gegen Kürzungen mit der „Rasenmäher-Methode“, die jetzt vorgenommenen selektiven Einschnitte wertete er aber als nicht ausreichend. Dies erwecke den Eindruck, der wesentliche Abbau solle in den Jahren 2017, 2018 und 2019 stattfinden. Jedenfalls müsse jetzt erstens ein klarer Konsolidierungspfad festgelegt werden, zweitens müsse dabei auch die Frage der Versorgungslasten hinsichtlich der Beamten und Beamten berücksichtigt werden.

Als „unzureichende Schritte zur Rückführung des strukturellen Defizits“ beschrieb auch Heinz Gebhardt vom Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsinstitut die aktuellen Konsolidierungsvorschläge. Anscheinend glaube die Landesregierung, dass es nicht ohne zusätzliche Einnahmen über Steuererhöhungen (bei Einkommens-, Erbschafts- und Vermögenssteuer) gehe. Dies werde aber eher wachstumsdämpfend wirken, so Gebhardt. Ausgabenkürzungen seien dagegen eher wachstumsstimulierend. Vor diesem Hintergrund definierte er aus seiner Sicht: „Die Landesregierung hat ein Ausgabenproblem.“

„Die starken Schultern können und müssen mehr tragen“, entgegnete Andreas Meyer-Lauber (DGB NRW). Immerhin seien die großen Vermögen in den letzten zehn Jahren stetig gestiegen. Heute besäßen die reichsten ein Prozent der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen, also 180.000 Bürgerinnen und Bürger, rund 700 Milliarden Euro. Das sei ein Vielfaches des Defizits. Gleichzeitig sei bei 722.000 Arbeitslosen das Ziel der Vollbeschäftigung immer noch nicht erreicht. Und das Risiko der Armut steige: Es beträfe fast 17 Prozent der Bevölkerung und fast jedes fünfte Kind in Nordrhein-Westfalen.

Die Personalkosten seien seit dem Jahr 2000 im Verhältnis zum Gesamthaushalt gesunken, betonte Hans-Jürgen Schnieper (Deutsche Steuer-Gewerkschaft). Wenn Einsparungen im öffentlichen Dienst unumgänglich seien, dann müssten auch die entsprechenden Aufgaben und Dienstleistungen entfallen. „Ohne Geld läuft da nix“, so Schnieper. Auch er plädierte für einen Ansatz über höhere Einnahmen. Dies setze aber eine materiell und personell entsprechend ausgerüstete Finanzverwaltung voraus. Schließlich stelle ein qualifizierter öffentlicher Dienst einen Standortvorteil dar.

Die Neuverschuldung sei angesichts der aktuellen Steuereinnahmen zu hoch, so Heinz Wirz (Bund der Steuerzahler). Außerdem müssten die Steuereinnahmen ja nicht unbedingt permanent steigen, warnte er vor „Hoffnungswerten“ in der mittelfristigen Planung.

Ebenso wie Meyer-Lauber kritisierte auch Wirz, dass durch globale Minderausgaben, die auf 1,2 Milliarden Euro ansteigen sollen, das Kontrollrecht des Parlaments ausgehebelt werde. *cw*

Zu Drucksache 13/1000  
Entwurf  
**Haushaltsplan  
2013**



**Nordrhein-Westfalen**



## „Landtag Intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.

# Schlag auf Schlag

Auf diesen Seiten beziehen die Fraktionen zum Schwerpunktthema Stellung.



### **Einen ausgeglichenen Haushalt bzw. die Einhaltung der Schuldenbremse 2020 ...**

... zu erreichen, ist für uns selbstverständliches Ziel. Das schaffen wir, indem wir eine ausgeglichene Konsolidierungspolitik betreiben, die Einsparungen und Mehreinnahmen enthält, aber auch mit Investitionen die richtigen Weichen für die langfristige Tragfähigkeit stellt. Die Schuldenbremse muss schließlich nicht nur 2020, sondern auch danach eingehalten werden!

... haben der Bund und alle anderen Bundesländer fest im Blick. Allein die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen setzt ihre verantwortungslose Schuldenpolitik fort. In Zeiten höchster Steuereinnahmen verschuldet sie unser Land um weitere 3,5 Milliarden Euro. Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben eine verantwortliche Politik verdient und keine hemmungslose Schuldenmacherei.

### **Die Kürzung bzw. Streichung von Ausgaben ...**

... sind notwendige Bestandteile auf dem Weg zur Schuldenbremse. Ohne sozial ausgewogene Einnahmeverbesserungen sowie eine angemessene Bundesfinanzierung von Sozial- und Infrastrukturausgaben können unsere Haushalte aber dauerhaft nicht gerecht finanziert werden. Dazu gehören für uns auch die Vermögenssteuer, eine gerechtere Erbschaftsteuer und höhere Spitzensteuersätze.

... ersetzt die rot-grüne Landesregierung durch die Ausbringung von immer höheren globalen Minderausgaben. Damit umgeht sie das Budgetrecht des Parlaments und sagt den Bürgerinnen und Bürgern nicht, an welchen Stellen sie tatsächlich weniger ausgeben will.

### **Investitionen zum Beispiel in Bildung und Infrastruktur ...**

... komplettieren zusammen mit Einnahmeverbesserung und Einsparungen unsere Haushaltsstrategie. Dabei wollen wir unsere Ausgaben für Bildung und Infrastruktur darauf ausrichten, eine vorsorgende und sich möglichst ergänzende Wirkung zu entfalten. Eine gute Zusammenarbeit mit den Kommunen ist dabei erfolgsscheidend.

... müssen aus den laufenden Einnahmen bezahlt werden. Nur dann ist Präventionspolitik nachhaltig. Ansonsten bleibt die so begründete Schuldenaufnahme eine ungerechte Lastenverschiebung in die Zukunft und damit nur die alte sozialdemokratische Geldverteilungspolitik in einem neuen Gewand.

### **Eine stärkere Rolle des Landtags bzw. mehr Transparenz in Haushaltsfragen bedeuten für mich ...**

... die Förderung einer breiteren gesellschaftlichen Beteiligung am politischen Diskurs. Das bezieht sich sowohl auf eine verbesserte Darstellung im Internet als auch auf die Möglichkeit der Diskussion mit Bürgerinnen und Bürgern vor Ort.

..., dass die Landesregierung das Budgetrecht des Parlaments endlich ernst nimmt und wieder zu einer das Recht und die Verfassung achtenden Haushaltspolitik zurückkehrt. Das bedeutet: Es gehören wirklich alle geplanten Einnahmen und Ausgaben in den Haushalt. Luftbuchungen müssen ein Ende haben. Denn der Landtag ist kein Anhängsel der Regierung, sondern wählt und kontrolliert die Regierung.



## Diesmal zum Thema **Schuldenbremse.**



... ist durch das Grundgesetz festgeschrieben und unsere oberste Prämisse bei allen haushaltspolitischen Beschlüssen. Wir verfolgen dieses Ziel durch einen Dreiklang aus Einsparungen, gezielten Investitionen und Mehreinnahmen. Wir wollen noch vor 2020 ohne Neuverschuldung auskommen.

... sind notwendig zur Haushaltssanierung. Diese müssen auf der Basis klarer Analysen und nicht mit dem Rasenmäher erfolgen. Gleichzeitig brauchen wir Mehreinnahmen von Vermögenden und Besserverdienenden zur Finanzierung von Zukunftsausgaben. Dies sowie die Beendigung der strukturellen Benachteiligung NRW wird wahrscheinlich erst eine rot-grüne Bundesregierung ab Oktober 2013 herbeiführen.

... sind die Grundlage für ein auch in Zukunft prosperierendes Land NRW. Sie sind die Basis für gerechte Bildungs- und Teilhabechancen. Kindertagesstätten mit zusätzlichen U3-Plätzen, zukunftsfähige Schulen und Universitäten oder die Energiewende bedeuten notwendige Investitionen zur Stärkung der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Verhältnisse in NRW.

... tägliche Arbeit. Der aktuelle Haushalt hat ein Volumen von knapp 60 Milliarden Euro. Dies zeigt die extrem große Menge an Informationen und Zahlen, die auch jederzeit über die Homepage des Landtages abgerufen werden können. Transparenz ist wichtig und muss ausgebaut werden, doch vor allem ist die Haushaltsberatung komplexe und intensive Arbeit.



... müssen wir gerade im Interesse der jungen Generation zeitnah erreichen – und zwar vor 2020. Rot-Grün fehlt dafür trotz eines Schuldenstands von 136 Milliarden Euro der ernsthafte Konsolidierungswille. SPD und Grüne führen NRW stattdessen immer tiefer in die Staatsschuldenkrise. Die Zinslast verstellt politische Handlungsspielräume und macht den Staat abhängig von den Finanzmärkten und deren Zinsentwicklung.

... ist notwendig für einen schnellen Haushaltsausgleich – und möglich in einem schlanken Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert. Einsparungen und Aufgabenkritik bedeuten weniger Schulden und weniger Zinslast. Die Rekordsteuereinnahmen der letzten Jahre zeigen: NRW hat ein Ausgaben- und kein Einnahmeproblem. Rot-Grün will nicht wirklich sparen und gibt lieber Geld für immer neue Wahlgeschenke auf Pump aus.

... sind auch zukünftig wichtig, da sie persönlichen Aufstieg und gesellschaftlichen Fortschritt ermöglichen. Ohne Bildung, Mobilität und einen wettbewerbsfähigen Standort ist unser Wohlstand nicht zu halten. Hier kürzt die Landesregierung, während sie Mehrausgaben für neue bürokratische Gängelung und soziale Umverteilung finanziert, die Freiheit und Lebensqualität kosten und Leistungsanreize ersticken.

... einen Fortschritt für die Qualität der politischen Arbeit. Transparenz schafft Vertrauen. Die Budgethoheit ist ein zentrales Parlamentsrecht. Alle Abgeordneten sollten dieses selbstbewusst und sachkundig ausüben. Eine wirksame Kontrolle der rot-grünen Regierung ist notwendig, um Steuergeldverschwendung zu verhindern. Finanzfragen sollten auch für die Bürger nachvollziehbar sein, um Akzeptanz zu finden.



... zu erreichen ist wichtig für den Erhalt des Vorrangs der Politik gegenüber Banken und Wirtschaft und ferner, damit die 1.0-Politik gezwungen wird, zu sagen, wo das Geld für ihre Wohltaten herkommen soll.

... ist unpopulär, gehört aber zu einer ehrlichen und im Wandel von Konjunkturlagen gestalteten Politik dazu.

... sind entscheidend für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands im insbesondere europäischen und auch weltweiten Kontext.

..., dass die Bürger mehr Möglichkeiten erhalten, sich einzubringen, und eine Steigerung der Möglichkeiten parlamentarischer Kontrolle der Landesregierung.



## Laufende Gesetzgebung

Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Gepl.) Beratungsschritte
16/1821	Altlastensanierungs- und Altlastenaufbereitungsverbandsgesetz, LR	Vorschlag: Umweltausschuss	1. Lesung 23.1.2013
16/1732	Landesausführungsgesetz zum Sozialgesetzbuch Zwölftes Buch - Sozialhilfe -, LR	Vorschlag: Sozialausschuss	1. Lesung 23.1.2013
16/1625	Dienstrechtsanpassungsgesetz für NRW, LR	Haushalts- ausschuss	Anhörung UA Personal 26.2.2013
16/1624	Gesetz zur Änderung der Landesbauordnung, LR	Bauausschuss	Anhörung beschlossen
16/1572	Gesetz zur Änderung des Ladenöffnungsgesetzes, LR	Wirtschafts- ausschuss	Anhörung 18.2.2013
16/1468	Stärkung der kommunalen Demokratie, SPD/GRÜNE	Kommunal- ausschuss	Anhörung 1.2.2013 zus. mit 16/120
16/1435	Gesetz zur Regelung des Vollzuges der Sicherungsverwahrung in NRW, LR	Rechtsausschuss	Experten- gespräch 21.2.2013
16/1402	Regelung der Zuweisungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2013, LR	Haushalts- ausschuss	2. Lesung 27./28.2.2013 3. Lesung 20.-22.3.2013
16/1400	Feststellung des Haushaltsplans für das Haushaltsjahr 2013, LR	Haushalts- ausschuss	2. Lesung 27./28.2.2013 3. Lesung 20.-22.3.2013
16/1286	Änderung des Wasserentnahmeentgeltgesetz, LR	Haushalts- ausschuss	Anhörung 19.2.2013
16/1274	Ablieferung von Pflichtexemplaren und ausführender Vorschriften, CDU	Kulturausschuss	2. Lesung 23.1.2012

Drs.-Nr.	Gesetz/Initiator	Federführender Fachausschuss	(Gepl.) Beratungsschritte
16/1264	Landeswassergesetz, SPD/GRÜNE	Umwelt- ausschuss	Ausschuss 20.2.2013
16/1255	Stärkung der Wissenschaftsautonomie, PIRATEN	Wissenschafts- ausschuss	in Beratung
16/1188	Anerkennungsgesetz, LR	Sozialausschuss	Anhörung 20.2.2013
16/1187	Rechtsvorschriften im Bereich des Gesundheitsministeriums, LR	Sozialausschuss	Ausschuss 20.2.2013
16/1167	Feuerwehrsicherheit und die Hilfeleistung (FSHG), CDU	Innenausschuss	in Beratung
16/748	Zweckbindung der nach dem Entflechtungsgesetz aus dem Bundeshaushalt zustehenden Finanzmittel, LR	Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr	Anhörung 22.1.2013
16/746	Jugendarrestvollzug, LR	Rechtsausschuss	Ausschuss 20.2.2013
16/179	Ablieferung von Pflichtexemplaren in NRW, LR	Kulturausschuss	2. Lesung 23.1.2012
16/177	Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine, LR	Umwelt- ausschuss	Anhörung 20.2.2013
16/127	Förderung des Klimaschutzes, LR	Umwelt- ausschuss	2. Lesung 23.1.2012
16/120	Kommunalwahlgesetz, PIRATEN	Kommunal- ausschuss	Anhörung 1.2.2013 zus. mit 16/1468
16/119	Änderung der Verfassung, PIRATEN	Hauptausschuss	in Beratung
16/45	Landeswassergesetz, CDU/FDP	Umwelt- ausschuss	in Beratung

LR = Landesregierung; Gesetzstitel zum Teil verkürzt

## Abgeschlossene Gesetzgebung - im Plenum am 12.- 14. Dezember 2012 entschieden

Drs.-Nr.	Gesetz	Initiator	Abstimmung im Plenum	Beschluss
16/1186	Hochschulgesetz und Kunsthochschulgesetz	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 7.11.2012 2. Lesung 12.12.2012	angenommen
16/1185	Gesetz über Rentengüter	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 7.11.2012 2. Lesung 12.12.2012	angenommen
16/1184	Befristungen besoldungsrechtlicher Gesetze im Zuständigkeitsbereich des Justizministeriums	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 7.11.2012 2. Lesung 12.12.2012	angenommen
16/1183	Polizeigesetz	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 7.11.2012 2. Lesung 12.12.2012	angenommen
16/1182	Gesetz über die Justiz im Land NRW	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 7.11.2012 2. Lesung 12.12.2012	angenommen
16/1049	Rettungsgesetz	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 7.11.2012 2. Lesung 12.12.2012	angenommen
16/126	Förderung des Mittelstandes	LANDESREGIERUNG	1. Lesung 5.7.2012 2. Lesung 13.12.2012	angenommen

Ein Gesetzesentwurf wird mindestens zweimal im Plenum behandelt (1. und 2. Lesung). Dazwischen wird er von den zuständigen Fachausschüssen beraten. Im Internet finden Sie unter [www.landtagintern.de](http://www.landtagintern.de) Links zu ausführlicheren Informationen. Diese werden in der Regel wöchentlich aktualisiert.



# Kein Konsens über Kanalkontrolle

## Experten streiten über Prüfung der Abwasserleitungen

9. Januar 2013 – Auf großes Interesse bei Bürgerinnen und Bürgern traf die Anhörung über die Dichtheitsprüfung privater Abwasserleitungen. Der federführende Umweltausschuss (Vorsitz Friedhelm Ortgies, CDU) und der Kommunalausschuss (Vorsitz Christian Dahm, SPD) hörten Fachleute aus Verwaltung, Technik- und Umweltbereich. Schwerpunkte der Erörterung waren die Fragen nach Wirkung und Verhältnismäßigkeit der vorgeschlagenen Mittel.

Zwischen 70 und 80 Prozent der geprüften Leitungen seien undicht, 15 bis 20 Prozent stark beschädigt und damit sanierungsbedürftig, erläuterten Christoph Ontyd (Stadtentwässerung GmbH Herne), Manfred Müller (Entsorgungsbetriebe Solingen) und Claus Externbrink (Abwasserbeseitigung Lünen). Diese Zahlen wurden in der weiteren Anhörung grundsätzlich auch nicht in Zweifel gezogen. Vielmehr ging es um die Frage, ob und welche Gefahren von möglichen defekten Rohren ausgingen.

So verwies Prof. Dr. Martin Exner (Uni Bonn) auf mikrobiologische Risiken und neue, vergleichsweise resistente Krankheitserreger, die schon in sehr geringer Konzentration gefährlich sein könnten. Hinzu kämen chemisch-physikalische Risiken durch Stoffe, die die Natur nicht kenne.

Mit Blick auf die hohe Zahl an undichten Leitungen sei es nicht nachvollziehbar, dass es in NRW eine exzellente Trinkwasserqualität gebe, entgegnete Prof. Dr.-Ing. Hartmut Hepcke (Fachhochschule Münster). Außerdem sei die Restverschmutzung, die trotz 99-prozentiger Reinigung aus den Kläranlagen flöße, deutlich höher als die Schadstoffmenge aus undichten privaten Abwasserleitungen. Es seien auch keine Untersuchungen bekannt, die Verunreinigungen des Grundwassers durch undichte Abwasserkanäle nachgewiesen hätten, so Volker Steffen (Interessengemeinschaft Haus & Grund Oberberg).

Unterschiedliche Einschätzungen gab es auch bezüglich der zu veranschlagenden Kanal-TÜV-Kosten: So rechneten Steffen und Bernd Ahlers (Bürgerinitiative „Alles dicht in Nordwalde“) bei der überwiegenden Zahl der betroffenen Häuser mit Überprüfungskosten von deutlich über 1.000 Euro und Sanierungskosten im fünfstelligen Bereich (durchschnittlich 12.000 Euro). Im ländlichen Raum könnten aufgrund gewachsener Grundstücksgrößen die Kosten sogar noch deutlich höher liegen, meinten Svenja Beckmann (Grundbesitzerverband NRW) und Dr. Bernd Lüttgens (Rheinischer Landwirtschaftsverband).

Detlef Raphael (Städetag NRW) und Dr. Peter Queitsch (Städte- und Gemeindebund NRW) sahen hingegen bei der Kanalüberprüfung zwischen 300 und 500 Euro sowie bei der Sanierung 3.000 bis 5.000 Euro als realistische Kosten an. Dabei würden die Kommunen Grundstückseigentümer nicht alleine lassen, dafür gebe es Beratungs- und Förderprogramme. Ein funktionierender Abwasserkanal vermeide Folgekosten und stelle daher auch eine Werterhaltung der Immobilie dar, so Frank Diederich (Verband der unabhängigen Sachkundigen für Dichtheitsprüfungen von Abwasseranlagen).

### VORBEUGEND ODER AUF VERDACHT?

Einen weiteren Schwerpunkt der Anhörung bildete die Frage, ob man gemäß dem Vorsorgegrundsatz vorbeugend oder erst bei begründetem Verdacht handeln solle. „Wenn man von einem Verdacht weiß, ist es in der Regel schon zu spät“, meinte Queitsch. Prof. Dr. Peter Nisipeanu (Schwerte) ergänzte: „Betreiben ist aktives Tun.“ Die Bürgerinnen und Bürger müssten

sich ihrer Verantwortung bewusst sein und ihre Kanäle regelmäßig überprüfen. Ansonsten bestehe im Schadensfall bei den heute geltenden Regelungen die Gefahr einer Haftung ohne Verschulden. Zudem verwies Queitsch darauf, dass in der einen Hälfte aller Kommunen die privaten Kanäle und damit die private Unterhaltungspflicht an der Grundstücksgrenze endeten, in der anderen Hälfte der Kommunen allerdings erst am Anschluss an den Hauptkanal in der Straßenmitte. Hier sollte es eine einheitliche Lösung geben, forderte Müller.

Vor einer „Dichtheitsprüfung durch die Hintertür“ warnte Erik Uwe Amaya (Haus & Grund NRW) mit Blick auf den vorliegenden Gesetzentwurf von SPD und GRÜNEN. Dieser wahre nicht den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit. Am Ende müssten möglicherweise die Gerichte entscheiden.

Wenn eine Gefährdung gegeben sei, dürfe es weder eine Fristenlösung noch eine Unterteilung in Häuser innerhalb und außerhalb von Wasserschutzgebieten geben, meinte dagegen Dr. Manfred Dümmer (BUND NRW). So gesehen stimmten weder die von CDU und FDP noch die von SPD und GRÜNEN vorgesehenen Regelungen mit dem Besorgnisgrundsatz überein. Grundwasser kenne keine Grenzen, daher sei jeder zu Wasserschutz verpflichtet, unterstrich auch Dr. Michaela Schmitz (Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft).

Für ein regelmäßiges Monitoring sprachen sich Dr. Olaf Kaufmann (Verband der Rohr- und Kanal-Technik-Unternehmen e.V.) sowie Roland W. Waniek (Institut für Unterirdische Infrastruktur gGmbH) aus. Es sei gut zu wissen, wie das öffentliche und private Kanalnetz aussehe und ob es funktionsfähig sei. *cw*

Sprecher der Fraktionen beraten sich vor der Anhörung mit dem Ausschussvorsitzenden.

Foto: Schälte





## +++Meldungen+++

### Eigenständige Jugendpolitik verwirklichen

10.1.2012 – „Umdenken, jungdenken – Frische Ideen für NRW“: Unter diesem Motto haben Alexandra Horster als Vorsitzende und Gregor Gierlich als Geschäftsführer des Landesjugendrings (LJR) im **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** die Ergebnisse des jüngsten LJR-Fachkongresses erläutert. Zunächst einmal habe man Fragen und Themengebiete erarbeitet, zu denen sich junge Menschen im Laufe dieses Jahres in Jugendforen äußern sollen. Ihre Antworten und Stellungnahmen sollen laut LJR im Januar 2014 auf einem Jugendkongress erörtert werden, bevor es dann in Zusammenarbeit mit Landtag und Familienministerium, vor allem aber mit den Kommunen an die Umsetzung geht. Ziel sei es, durch geeignete Abläufe und Strukturen in NRW eine eigenständige Jugendpolitik zu verwirklichen. Ein besonderes Highlight für den LJR: die U18-Wahl zur Bundestagswahl, die neun Tage vor der eigentlichen Wahl in Schulen und Jugendzentren durchgeführt werden soll. An der entsprechenden Aktion bei der vergangenen Landtagswahl hätten 4.000 Kinder und Jugendliche teilgenommen, so Horster und Gierlich. Die dargestellten Initiativen fanden im Ausschuss sowohl vonseiten der Abgeordneten wie auch der Landesregierung breite Zustimmung und Unterstützung.

### Weniger Straßenbau

10.1.2012 – Vor dem Hintergrund von geplanten Kürzungen in seinem Haushaltsplan für das laufende Jahr hat der **Ausschuss für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr** das Landesstraßenbauprogramm 2013 erörtert. Verkehrsminister Michael Groschek (SPD) erläuterte, dass gemäß dem Grundsatz „Erhalt vor Erneuerung“ 80 Millionen Euro für die Instandhaltung und 44 Millionen Euro für Straßenneubauten vorgesehen seien. Für ihn sei wichtig, dass begonnene Projekte erst einmal zu Ende geführt würden, bevor man neue beginne. Die FDP verwies darauf, dass der Etat für den Erhalt von Infrastruktur lediglich um 110.000 Euro erhöht würde, während man im Bereich Neubau um neun Millionen Euro kürze. Dies zeige, dass es sich um reine Haushaltskonsolidierung handle. Laut CDU liegt der Betrag für Neubauten nach Abzug von Kleinprojekten nur bei 35 Millionen Euro.

### Botschafter über irische Ratspräsidentschaft

11.1.2013 – „Irland ist ein Land im Wiederaufschwung, das nun den Wiederaufschwung Europas vorantreiben wird“, so Dan Mulhall, Botschafter der Republik Irland, der dem **Europa-ausschuss** des Landtags die Schwerpunkte der irischen EU-Ratspräsidentschaft erläuterte. Diese konzentrierten sich im Kern auf den Dreiklang von Beschäftigung, Stabilität und Wachstum. Nach vier schwierigen Jahren, die europaweit von Haushaltskonsolidierung und Bankenstabilisierung geprägt worden seien, müsse nun über



Illustration: Peter Flock

eine Ankurbelung des Wachstums und der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein Signal der Hoffnung für die Zukunft gegeben werden. Dies sei im weltweiten Wettbewerb nur durch verstärkte europäische Zusammenarbeit zu erreichen. Als eine Priorität nannte Mulhall dabei die Bankenunion, um auf diesem Weg den Teufelskreis zwischen Bankenverschuldung und Staatsverschuldung zu durchbrechen. Als besondere Herausforderung bewertete er die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.

### Umweltausschuss stimmt für Klimaschutzgesetz

16.1.2013 – Der **Umweltausschuss** hat abschließend über das von der Regierung eingebrachte Klimaschutzgesetz beraten. SPD, GRÜNE und PIRATEN stimmten geschlossen für den

Gesetzentwurf (Drs. 16/127), CDU und FDP dagegen. Wibke Brems (GRÜNE) lobte das Klimaschutzgesetz als bundesweit erstes seiner Art. Auch Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN) bewertete das Gesetz als Schritt in die richtige Richtung, wenn auch nicht schnell und weit genug. Das Klimaschutzgesetz NRW verlagere über den EU-Emissionshandel bestenfalls Verschmutzungsrechte, schlimmstenfalls wanderten Arbeitsplätze ab, kritisierte dagegen Rainer Deppe (CDU). Bei einem „so innovativen“ Gesetz den „Niedergang der Wirtschaft“ an die Wand zu malen, bezeichnete Norbert Meesters (SPD) jedoch als „rückwärtsgewandt“. Aus Sicht von Henning Höne (FDP) ist das Gesetz verfassungswidrig und widerspricht dem europäischen Zertifikatehandel. Dieser beziehe auf nicht alle klimarelevanten Bereiche mit ein, unterstrich Umweltminister Johannes Rempel (GRÜNE). Dazu gehörten auch Mobilität, Wohnen, Wärme und Ernährung.

### Anhörung zu Krankenhausbedarfsplan

16.1.2013 – Die Landesregierung hat dem **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** den Entwurf eines neuen Krankenhausbedarfsplans vorgelegt (Vorlage 16/488, Vorlage 16/543). In den letzten elf Jahren sei der bestehende Bedarfsplan zwar fortgeschrieben worden, es fehle aber ein einheitliches Vorgehen, so Gesundheitsministerin Barbara Steffens (GRÜNE) im Ausschuss. Bei der Neuauflage strebt sie eine Rahmenplanung, keine Detailplanung an; Regionalpläne sollen diese dann mit Inhalt und Strukturen füllen. So soll die notwendige Flexibilität und Planungsmöglichkeit vor Ort gewährleistet werden, so Steffens. Auf jeden Fall wolle sie die Versorgungsstruktur in der Fläche erhalten. Notwendig sei eine qualitativ hochwertige, wohnortnahe Versorgung. Die Ministerin bedauerte, dass beim neuen Plan als Planungsgröße noch per Krankenhausbett gerechnet werden musste. Für die Zukunft strebt sie aber ein anderes Instrument an. Der Sozialausschuss beschloss, am 7. März 2012 eine Anhörung zu diesem Thema durchzuführen, zu der unter anderem Vertreter des Landesausschusses für Krankenhausplanung eingeladen werden sollen.



Foto: Schälte

# „Digitale Daten sind gefährdet“

## Kolloquium „Neue Wege im digitalen Umbruch“ diskutiert Lösungen

17. Januar 2013 – Das Referat Informationsdienste des Landtags NRW stellt sich den aktuellen Herausforderungen des digitalen Zeitalters und sucht nach den besten Lösungen für die Erhaltung digitaler Informationen. Auf Einladung des Parlamentsspiegels und der zuständigen Fachgruppe im Verband der deutschen Archivarinnen und Archivare fand im Landtag NRW ein Kolloquium „Neue Wege im digitalen Umbruch“ statt. Dabei tauschten sich Vertreterinnen und Vertreter aus Parlamenten, parteinahen Stiftungen sowie Landes- und Stadtarchiven über die aktuellen Fragen zur Digitalisierung von alten Archivbeständen und über die Sicherung digitaler Daten für die nächsten Jahrzehnte aus.

„Digitale Daten sind gefährdet“, mahnte Dr. Katharina Ernst (Stadtarchiv Stuttgart). Formate und Systeme drohen zu veralten, Schnittstellen fehlten, Datenträger seien irgendwann nicht mehr lesbar, Daten würden gelöscht und elektronische Akten würden nicht ordnungsgemäß geführt, zählte Ernst einige Risiken aus der Praxis auf. Deswegen habe das Stadtarchiv 2006 ein Projekt zur Langzeitarchivierung gestartet, um seine digitalen Datenbestände für künftige Generationen auf unbegrenzte Zeit zu sichern. Als wichtige Ziele benannte Ernst die Erhaltung der relevanten Inhalte, ihrer Integrität und Authentizität, ihrer Verfügbarkeit und die Wirtschaftlichkeit des digitalen Langzeitarchivs.

Einen Überblick über die Umsetzung der neuen Digitalisierungsstrategie des Bundesarchivs gab Dr. Andrea Hänger und zeigte auf, wie durch den Einsatz intelligenter Softwarelösungen den heutigen Anforderungen an aktive digitale Systeme und digitale Archivierung begegnet werden kann. Als wichtige Aspekte bei der Archivierung benannte sie eine dauerhafte Sicherung, den Zusammenhalt von Metadaten und Objekten, Migrationsmöglichkeiten sowie den Einsatz langzeitstabiler Formate. Bei der Dokumentation hingegen komme es auf eine hohe Performanz, Ausfallsicherheit im Tagesbetrieb, eine einfache Verwaltung und flexible Formate an, so Hänger.

Auch für Dr. Monika Storm (Landtag Rheinland-Pfalz) gehört die Sicherstellung der Langzeitverfügbarkeit der archivierten Unterlagen bei gleichzeitiger Wahrung ihrer Authentizität zu den dringlichen Aufgaben der Parlamentsarchive. Die Dokumentation, die als Kurzzeitgedächtnis fungiere, und das Archiv, das für das Langzeitgedächtnis des Parlaments stehe, müssten beide unbedingt vor dem digitalen Vergessen bewahrt werden, so Storm.

### LANGZEITGEDÄCHTNIS

Der nordrhein-westfälische Landtag arbeite derzeit noch ohne ein digitales Langzeitarchiv, konstatierte Dr. Markus Schäfer (Landtag NRW). Die Systeme seien auf schnelles Auffinden und Bereitstellen von Parlamentsdokumenten ausgelegt. Eine weitere Herausforderung seien fehlende Schnittstellen zwischen Archivbeständen und dokumentarisch erschlossenen Dokumenten.

Schon seit 1946 werden Parlamentsmaterialien im Archiv des Landtags NRW aufbewahrt und von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Dokumentation formal und inhaltlich erschlossen. In Zusammenarbeit mit dem Landtagsarchiv sorgen sie dafür, dass diese Materialien dauerhaft und schnell auffindbar bleiben.

Über die Parlamentsdatenbank kann das gesamte parlamentarische Geschehen seit der 10. Wahlperiode (1985) eingesehen werden. Drucksachen, Protokolle, Vorlagen aus der täglichen parlamentarischen Arbeit können online über das Dokumentenarchiv abgerufen werden. Auskünfte zu aktuellen Gesetzgebungsverfahren, zusammengestellte Gesetzesdokumentationen und Informationen zu parlamentarischen Gesetzgebungsvorgängen können über eine detaillierte Suchfunktion auf der Internetseite des Landtags ([www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)) abgefragt werden.

Zentrale Anlaufstelle für alle Anfragen zum parlamentarischen Geschehen und Rechercheaufträge ist die Infothek des Landtag. Konkrete Anfragen zu aktuellen Debatten im Plenum wie zum Beispiel dem Nichtraucherschutz oder zu politischen Positionen hinsichtlich der Sicherstellung der U3-Kinderbetreuung in Nordrhein-Westfalen werden von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Referats Informationsdienste telefonisch (0211 884-2112) oder per E-Mail ([infothek@landtag.nrw.de](mailto:infothek@landtag.nrw.de)) beantwortet.

Informationen über das politische Geschehen in den 16 Landesparlamenten können in der Datenbank „Der Parlamentsspiegel“ ([www.parlamentsspiegel.de](http://www.parlamentsspiegel.de)) recherchiert und thematisch miteinander verglichen werden. *zei*



# Aus den Fraktionen

## Zuhause im Quartier – zukunftsfähiges Wohnen und Leben überall in Stadt und Land

Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik muss noch stärker als bisher von den individuellen Lebensbedürfnissen der Menschen aus gedacht, geplant und realisiert werden. Diese Idee will die SPD-Landtagsfraktion gemeinsam mit der Landesregierung in den nächsten Jahren verwirklichen. Ob im städtischen Quartier oder im ländlichen Raum: Die Voraussetzungen für zukunftsfähiges Wohnen und Leben müssen überall geschaffen oder gesichert werden.



entem bezahlbarem Wohnraum und barrierearmer Ausgestaltung des unmittelbaren Wohnumfeldes. Hinzu kommen Angebote der Nahmobilität, wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten, gut erreichbare Kinder-, Jugend-, Schul- und Bildungsangebote sowie Angebote zur Gesundheits- und Pflegeversorgung. Diese präventive Stadtentwicklungspolitik ist für die SPD-Landtagsfraktion

ein wesentlicher Beitrag zur Daseinsvorsorge.

Der integrierte Politikansatz soll eine Antwort auf die vielfältigen Herausforderungen der gesellschaftlichen Entwicklungen geben. Aufeinander abgestimmt beginnt das mit energieeffizi-

Eine besondere Herausforderung ist dabei die Bereitstellung der erforderlichen Finanzmittel vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung. Deshalb kommt es für Jochen Ott (Foto), stellvertretender Fraktionsvorsitzender

der SPD-Landtagsfraktion, vor allem darauf an, „alle zur Verfügung stehenden Mittel sinnvoll zu bündeln und zielgenau einzusetzen. Das betrifft die soziale Wohnraumförderung des Landes einerseits und die Stadtentwicklungspolitik andererseits.“ Hierzu werden die Förderrichtlinien der sozialen Wohnraumförderung dem querschnittsorientierten Förderansatz angepasst.

Dieser Prozess soll durch einen intensiven Meinungsaustausch mit Experten, kommunalen Vertretern und den beteiligten Ministerien begleitet werden. Eine öffentliche Auftaktveranstaltung findet am 25. Januar 2013 um 15 Uhr im Fraktionsaal der SPD statt. ■



## Oettinger in der CDU-Fraktion: Starkes Industrieland ist weiterhin auf Kohlestrom angewiesen

Auf Einladung von Fraktionschef Karl-Josef Laumann hat der für Energiepolitik zuständige EU-Kommissar Günther Oettinger an der ersten Sitzung der CDU-Landtagsfraktion im neuen Jahr teilgenommen.

„Die Energiewende ist eine gesamteuropäische Aufgabe. Daher ist es wichtig, dass die Fraktion mit dem zuständigen EU-Kommissar über dieses zentrale politische Thema sprechen konnte“, erklärte Laumann anschließend. Damit Nordrhein-Westfalen ein starkes Industrieland bleibe, müsse die Energiewende erfolgreich gelingen. Der Fraktionsvorsitzende hob hervor, dass die CDU hinter dem Ausstieg aus der Atomenergie stünde: „Wir schmieden keine Protestbündnisse, sondern Zukunftsbündnisse.“ Klar sei aber auch: „Die Abschaltung ist die einfache Seite der Veranstaltung. Der Aufbau neuer Netze, die Er-



forschung neuer Speichermöglichkeiten und bezahlbarer Strom sind die spannenden Aufgaben.“ In NRW müsse die „Energiewende mit einer starken Industriekomponente“ gelingen, forderte Oettinger. Für einen bezahlbaren Strompreis sei eine „Generalrevision des EEG-Gesetzes“ vonnöten, da es zunehmend zu Fehlanreizen führe.

Oettinger betonte nach der Sitzung, wie wichtig es gerade für NRW sei, Energie-, Industrie- und Arbeitsmarktpolitik strategisch eng zu vernetzen. „Es gibt keine zweite Regi-

on Europas, die derart stark durch Industrie geprägt ist.“ Aus Sicht des EU-Kommissars sei eine „kluge Energiestrategie“ für NRW von existenzieller Bedeutung. „NRW hat Potenziale bei den erneuerbaren Energien. Aber in NRW gibt es auch große Kohlekraftwerke.“ Damit der Ausfall der Kernkraft kompensiert werden könne, müsse NRW ein klares Bekenntnis zum Kohlestrom ablegen, sagte Oettinger mit Blick auf die Forderung der Grünen, mittelfristig aus der Kohleverstromung auszusteigen. Ministerpräsidentin Kraft müsse für Klarheit sorgen, wie NRW es mit der Kohle halte. ■





## Neue Service-Elemente auf der Grünen Homepage

Die Themenpalette der Landespolitik ist vielfältig und reicht vom Haushaltsrecht bis zur Erdgasförderung, von Sekundarschulen bis zur Gültigkeitsbegrenzung. Das Ziel der Grünen Landtagsfraktion ist es, alle, die sich für die Initiativen im Parlament interessieren, gut zu informieren. Ein wichtiges Instrument ist die neue Homepage.



Die beiden herausragenden neuen Elemente sind zum einen das „Landtagsgezwitscher“. Sortiert nach Fraktionen laufen dort die Tweets, also Kurzmitteilungen über Twitter, aller Abgeordneten des Landtags zusammen. Wer verfolgen möchte, was während einer Debatte aus der Grünen-Fraktion im Vergleich zu den übrigen Frakti-

onen versendet wird, sollte ein Auge auf diese Seite werfen.

Zweites neues Element ist eine Wahlkreiskarte, die farblich markiert die Zuständigkeit der Abgeordneten anzeigt und beim Klick auf jeden einzelnen der 128 Wahlkreise die Informationen zum Wahlergebnis sowie die Kontakte enthält.

Für das Verständnis der Abläufe im Landtag wurden außerdem neue Übersichten erstellt. Auf der Seite „Plenartage“ finden sich die Tagesordnung und die Anträge für die jeweils kommenden Plenartage. In der „Plenarchronik“ können die Protokolle und Reden bereits abgelaufener Sitzungen eingesehen werden. Aber auch Hintergrundinformationen, Newsletter und Stel-

lungennahmen sind – thematisch sortiert – dort zu finden.

Barrierefreiheit hat bei der Gestaltung eine große Rolle gespielt. So ist die Seite in allen Bereichen maschinenlesbar. Die Nutzerdaten werden zur Auswertung erfasst, nicht aber die gesamte IP-Adresse, es werden also keine personenbezogenen Daten gesammelt.

Und weil sich die Seite weiter verbessern soll, sind alle Nutzerinnen und Nutzer eingeladen, sich selbst ein Bild zu machen und Rückmeldungen zu geben.

Die neue Homepage ist hier zu erreichen: [www.gruene-landtag-nrw.de](http://www.gruene-landtag-nrw.de)



## FDP-Fraktion: Lebensqualität schwerstkranker Kinder verbessern

Die FDP setzt sich für die Verbesserung der Lebensqualität schwerstkranker Kinder ein. Etwa 3.600 Kinder und Jugendliche mit lebensbegrenzenden Erkrankungen werden in NRW behandelt. „Eine solche Erkrankung stellt eine große Herausforderung für die gesamte Familie dar. Die FDP möchte, dass den Familien angemessene Hilfe zuteilwird und dass diese Kinder möglichst lange in ihrem vertrauten familiären Umfeld ein schmerzfreies und würdevolles Leben führen können“, erklärt Susanne Schneider (Foto), gesundheitspolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion. Dazu sind neben qualitativer Behandlung und Pflege auch Hilfen für die Familien notwendig. Angebote der pädiatrischen Palliativversorgung sowie ambulante Kinderhospizdienste und Kinderhospize leisten dabei eine wichtige Unterstützung.

Je nach Verlauf der Erkrankung können lange Aufenthalte in Kinderhospizen nötig werden. „Im Unterschied zur Erwachsenen-hospizarbeit leisten die Angebote der Kinderhospizarbeit vom Zeitpunkt der Diagnose an oftmals über Jahre hinweg eine intensive Unterstützung“, erläutert Schneider. Die bedeutsame Arbeit der Kinderhospize wird zum großen Teil durch das Engagement der Mitarbeiter sowie zahlreicher Ehrenamtlicher ermöglicht, der Betrieb wird vor allem durch Spendengelder gewährleistet. Die Krankenkassen übernehmen nur einen vergleichsweise kleinen Teil der Kosten. Eine im Jahr 2010 abgeschlossene Rahmenvereinbarung sollte diese Kostenübernahme vereinfachen.



„Aus der Praxis gibt es jedoch Hinweise, dass Kinderhospize bei einigen Kostenträgern – durch eine restriktive Auslegung dieser Vereinbarung – Schwierigkeiten haben, Zuschüsse zu erhalten“, berichtet die Gesundheitsexpertin. Das erschwert die anspruchsvolle Arbeit zusätzlich. Die FDP fordert daher die Landesregierung

auf, sich bei den Kostenträgern für eine weitestgehend einheitliche Auslegung einzusetzen. Zudem dringt die FDP darauf, dass die Angebote bedarfsgerecht weiterentwickelt werden.



## Untersuchungsausschüsse objektiv und mit technischem Wissen voranbringen

Neulinge im Landtag zu sein, ist nicht immer einfach. Geschäftsordnungen, Verhaltensregeln und Abläufe gilt es, sich anzueignen. Historisch völlig unbelastet in die Parlamentsarbeit zu starten, hat aber auch einen großen Vorteil: Wir können wirklich objektiv politische Vorgänge durchleuchten und Missstände aufdecken. Mit dieser Objektivität wollen wir die Arbeit in den anstehenden Untersuchungsausschüssen voranbringen.



Marc Grumpy Olejak (PIRATEN)

sen Geschäfte des Bau- und Liegenschaftsbetriebs (BLB) als auch die Historie der WestLB aufzuarbeiten. Sie zeigt, dass die von den Piraten geforderte Transparenz im Landtag zunehmend umgesetzt wird.

Wir möchten allerdings alle Fraktionen bitten, die Untersuchungsausschüsse – trotz Bundestagswahlkampf – nicht als Bühne für parteipolitisches Geplänkel und medienwirksame Schuldzuweisungen zu nutzen. „Politisches Kräfteressen gehört in eine Podiumsdiskussion. Es ist völlig fehl am

Platz, wenn es darum geht zu untersuchen, ob der Steuerzahler um Milliarden Euro betrogen wurde. Der Bürger hat einen Anspruch darauf, dass sämtliche Machenschaften aufgedeckt werden. Wir Piraten werden uns für maximale Transparenz einsetzen“, betont Marc Grumpy Olejak (Foto), Abgeordneter der Piraten. „Unsere Fraktion ist auch gerne dabei behilflich zu überprüfen, welche technischen Hilfsmittel uns zur Veranschaulichung der verflochtenen Unternehmensstrukturen dienen können.“





# Start ins Jubiläumsjahr: „25 Jahre Landtag am Rhein“

## Zahlreiche Aktionen rund um den Neubau des Parlaments im Jahr 1988

*Das Landtagsgebäude am Rheinufer feiert in diesem Jahr seinen 25. Geburtstag. Dieses Vierteljahrhundert Parlamentsgeschichte würdigt der Landtag in den kommenden Monaten mit vielen unterschiedlichen Aktionen. Im Fokus steht dabei der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern.*

Am 2. Oktober 1988 wurde das Landtagsgebäude nach jahrelanger Bauzeit feierlich eröffnet – auf den Tag genau 42 Jahre nach der allerersten Parlamentssitzung in der Geschichte Nordrhein-Westfalens. Die Architektur des Neubaus signalisiert Offenheit und Transparenz sowie Respekt vor den Bürgerinnen und Bürgern, die die Abgeordneten in das Parlament wählen, damit sie ihre Interessen vertreten. Der Landtag am Rhein ist das Haus der Menschen im Land. Fast zwei Millionen von ihnen, Frauen, Männer und Kinder, Junge und Ältere, haben in den vergangenen 25 Jahren den Landtag besucht und sich über die Arbeit ihrer Abgeordneten informiert.

Der intensive Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern steht nun auch im Fokus des Jubiläumsjahres „25 Jahre Landtag am Rhein“. Unter anderem lädt der Landtag zu „Tagen der offenen Tür“ am 6. und 7. Juli ein: Abgeordnete, Fraktionen und die Landtagsverwaltung stellen sich den Fragen der Besucherinnen und Besucher. An die feierliche Eröffnung des Landtags vor 25 Jahren wird zudem ein Festakt Anfang Oktober erinnern – er wird gleichzeitig den Blick auf die Zukunft des NRW-Parlaments richten.

Zur Entstehung, Konzeption und Architektur des ersten vollständigen Parlamentsneubaus im Nachkriegsdeutschland wird es darüber hinaus eine Ausstellung „Vom Ständehaus an den Rhein“ im Landtag sowie einen entsprechenden Kurzfilm geben.

Über Offenheit und Transparenz und damit über die architektonische Idee hinter dem Landtagsgebäude als politischem Programm werden Architekten und Politikwissenschaftler bei einem **Gesprächsforum** diskutieren. Gemeinsam mit der Stadt Düsseldorf, die in diesem Jahr ihren 725. Geburtstag feiert, wird dabei den Impulsen, die der neue Landtag in der Stadtentwicklung auslöste, nachgegangen.

### LEBENDIGES PARLAMENT

Auch die Arbeitsbedingungen des Parlaments haben sich in den vergangenen 25 Jahren durch die Entwicklung der elektronischen Medien rasant verändert. Vom Internet war damals in der Parlamentsarbeit noch nicht die Rede, erst recht nicht von Smartphones und Tablet-Computern. Die hierdurch entstandenen neuen Möglichkeiten



der Partizipation greift das **Zukunftsforum „Digitale Bürgerbeteiligung“** am 17. Mai im Landtag auf. Auch diese Diskussionsrunde dient wie die Gesamtkaktion „25 Jahre Landtag am Rhein“ dem Ziel, das Bewusstsein für den Wert des NRW-Parlaments zu schärfen und die Verbindung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und ihrem Parlament zu stärken. Hinzu kommen im Laufe des Jahres unterschiedliche **Jubiläumspublikationen** sowie eine **repräsentative Umfrage** darüber, wie die Menschen im Land ihr Parlament wahrnehmen.

Mit all diesen Aktionen im Festjahr soll die Bedeutung einer demokratisch gewählten Volksvertretung greifbar gemacht, aber auch Impulse für ein lebendiges Parlament gegeben werden. Denn hier im Landtag findet die kritische Auseinandersetzung um den besten Weg der Politik statt. Hier treffen die Abgeordneten die richtungsweisenden politischen Entscheidungen. Hier werben sie auch um die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger.

Der Landtag am Rhein ist ein architektonisches Symbol für ein offenes, demokratisches Staatswesen. Er ist aber auch Ausdruck eines selbstbewussten NRW-Parlaments, das sich seiner wichtigen Rolle in der föderalistischen Bundesrepublik wie auch im Konzert der europäischen Regionen bewusst ist. Es geht bei „25 Jahre Landtag am Rhein“ um eine kritische Bestandsaufnahme der Entwicklung des NRW-Parlaments im vergangenen Vierteljahrhundert, aber mehr noch um seine zukünftigen Perspektiven.

*Hans Zinnkann*

## Das Landtagsgebäude: Form & Inhalt

Das Gebäude und die parlamentarisch-politischen Ereignisse in diesen 25 Jahren sind eng miteinander verknüpft. So steht das Landtagsgebäude in besonderer Weise für den Wandel in diesem Vierteljahrhundert. Sechs Mal wurde der Landtag NRW in dem Zeitraum gewählt.

Die politische Landschaft hat sich dabei stark verändert. Waren es 1988 mit SPD, CDU und FDP nur drei Fraktionen, so sind heute fünf Fraktionen im Landtag NRW vertreten. Mit den GRÜNEN im Jahr 1990, der

LINKEN im Jahr 2010 und den PIRATEN im Jahr 2012 betreten neue Parteien die parlamentarische Bühne in NRW. Das Farbenspektrum veränderte sich: von Rot pur über Rot-Grün und bis hin zu Schwarz-Gelb. Die Dramatik der parlamentarischen Farbenlehre steigerte sich noch durch die rot-grüne Minderheitsregierung im Jahr 2010, die Auflösung des Landtags eineinhalb Jahre später und die daraus folgende Neuwahl des NRW-Parlaments im Mai 2012.



Foto: Schälte



## Im Interview: Landtagsvizepräsident Daniel Düngel (PIRATEN)



### Herr Düngel, Sie stammen aus einer sozialdemokratisch geprägten Familie in Oberhausen. Was machen Sie bei den Piraten?

Früher habe ich meine Kreuzchen oft bei der SPD gemacht, stimmt. Auf die Piraten bin ich 2009 über das Politikberatungsprogramm Wahl-O-Mat gestoßen – da lag meine Partei an erster Stelle. Damals gab es in Oberhausen nur drei Piraten. Mit einem habe ich einen Parteistammtisch ins Leben gerufen und dabei meinen Mitgliedsantrag ausgefüllt. Wenig später arbeitete ich bei der Betreuung der Bundespresse mit dem damaligen Bundespartei- und Bundessprecher Jens Seipenbusch zusammen – denn Themen wie Vorratsdatenspeicherung, Internetsperren und verstärkte Bürgerbeteiligung interessieren mich seit langem.

### Seit neun Monaten sind Sie Mitglied des Landtags. Hat das Mandat Sie verändert?

Ich hoffe und glaube das nicht. Verändert hat sich mein Tagesablauf. Als Leiter eines Versicherungsbüros war ich zwar seit Jahren in einer verantwortlichen Position. Trotzdem arbeite ich jetzt länger – auch wegen meiner Aufgaben als Vizepräsident.

### Da Sie vorher in keinem anderen Parlament oder Rat saßen: Was hat Sie an der Arbeit im Landtag am meisten überrascht?

Wie stark das Denken in Richtung Fraktionszwang und Parteidisziplin wirklich ist. Ich hatte lebendigere Diskussionen und mehr Kompromissbereitschaft erwartet.

### Wo beispielsweise?

Etwa beim Nichtraucherschutzgesetz. Da haben sich rund 20 SPD-Abgeordnete kritisch geäußert. In einem freieren politischen System hätten die vermutlich mit Nein gestimmt oder sich enthalten. Nur durch den Fraktionszwang ist das Gesetz des rot-grünen Kabinetts im Parlament durchgedrückt worden. Auch unser Antrag, die E-Zigarette weniger restriktiv zu behandeln, hatte deshalb von Anfang an keine Chance. Das ist schon ein bisschen frustrierend.

### Kernthema der Piraten ist das Internet als globales Medium. Warum haben Sie für ein regionales Parlament wie den Landtag kandidiert?

Wir wollen den Landtag verändern – schließlich unterscheiden wir uns von den etablierten Parteien auch durch unseren Blick auf die parlamentarische Demokratie. Wir wollen weg von starren, über Jahre bestehenden Koalitionen. Die herrschende Fraktionsdisziplin behindert sachorientierte Lösungen. Piraten glauben, dass Entscheidungen themenbezogen in den Parlamenten getroffen und nicht unter parteipolitischen Gesichtspunkten von den Regierungen vorweggenommen werden sollten.

### Wie sollen sich dann stabile Regierungen bilden?

Die Behauptung, ohne Parlamentsmehrheit könne nicht regiert werden, ist doch Quatsch. Gezeigt hat das nicht zuletzt das rot-grüne Minderheitskabinett, mit dem Hannelore Kraft von 2010 bis 2012 hier in Nordrhein-Westfalen regiert hat: Gerade der Zwang, partei-, koalitions- und sogar lagerübergreifende Lösungen suchen zu müssen, hat Kompromisse erst möglich gemacht, etwa im Streit um das Schulsystem – auch wenn wir eine viel individuellere Förderung der Schülerinnen und Schüler einfordern.

### Eine ihrer Fraktionskolleginnen hat dagegen geklagt, die Arbeit im Landesparlament sei langweilig und ermüdend.

Grundsätzlich sind die Arbeitsbedingungen im Landtag super. Allerdings dauern manche Plenarsitzungen bis zehn Uhr abends – und nichts anderes wollte die Kollegin kritisieren. Von den 237 Abgeordneten sind dann zeitweise nur 30 bis 40 anwesend. Wir müssen uns fragen, ob das den wichtigen Entscheidungen, die wir hier treffen, wirklich angemessen ist. Vielleicht muss die Zahl der Plenartage erhöht werden.

### Den Piraten ist vorgeworfen worden, sich unangemessen zu kleiden. Auch ihre exzessive

### Computernutzung im Plenum gilt als problematisch.

Ich selbst habe als Versicherungskaufmann 17 Jahre jeden Tag im Anzug gearbeitet. Trotzdem finde ich diese Debatte sehr skurril: Wichtig sind doch die politischen Inhalte, nicht die Kleidung. Ein Abgeordneter in Jeans und T-Shirt kann viel authentischer sein als jemand, der sich mit einem Sakko verkleidet. Das Verbot von Laptops bleibt für uns problematisch, auch wenn wir immerhin Tablets benutzen dürfen. Für uns sind Rechner Arbeitsgeräte, mit denen wir uns ein schnelles Feedback unserer Basis holen wollen – wir daddeln im Plenarsaal nicht „World of Warcraft“.

### Abgeordnete mit langer Parlamentserfahrung beklagen die Beschleunigung des Politikbetriebs durch das Internet als nie stillstehende Nachrichtenmaschine. Dadurch fehle Zeit zur Meinungsbildung. Können Sie das verstehen?

Sicher. Niemand sagt, dass das Internet nur schöne Seiten hat. Das Netz beschleunigt das Leben allgemein und die Politik ganz besonders, bietet aber auch immense Vorteile: Immer mehr Informationen sind viel schneller verfügbar, als das vor 20 Jahren überhaupt vorstellbar war. Als Parlament sollten wir deshalb schneller auf öffentliche Debatten reagieren, etwa durch außerordentliche Plenarsitzungen. Die digitale Revolution kann niemand zurückdrehen.

Andreas Wyputta

**Herausgeberin:** Die Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen Carina Gödecke  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf  
Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

**Redaktion:** Christoph Weißkirchen (cw, Chefredakteur), Daniela Braun (bra, Redakteurin), Ilja Zeidler (zei, Redakteur), Bernd Schälte (bs, Fotoredaktion)  
Telefon (0211) 884-2545 (cw), 884-2107 (bra), 884-2309 (bs), 884-2304 (zei), Fax 884-3551, email@landtag.nrw.de

**Redaktionsbeirat:** Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Marc Herter (SPD), Lutz Lienenkämper (CDU), Sigrid Beer (GRÜNE), Christof Rasche (FDP), Monika Pieper (PIRATEN), Pressesprecher/-innen: Ralf Kapschack (SPD), Norbert Neß (CDU), Stefanie Kaufmann (GRÜNE), Wibke Op den Akker (FDP), Ingo Schneider (PIRATEN).

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

**Satz:** de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

**Herstellung und Versand:**  
WAZ-Druck GmbH & Co KG, Duisburg

**Internet-Adressen:** www.landtagintern.de,  
www.landtag.nrw.de

**Landtag Intern** wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.



www.landtagintern.de

## Geburtstage

23. Januar – 26. Februar 2013

23.1.	Hendricks, Renate Maria (SPD)	61
23.1.	Börner, Frank (SPD)	47
24.1.	Grochowiak-Schmieding, Manuela (GRÜNE)	54
24.1.	Steffens, Barbara (GRÜNE)	51
24.1.	Jörg, Wolfgang (SPD)	50
26.1.	Dudas, Gordan (SPD)	42
28.1.	Schultheis, Karl (SPD)	60
31.1.	Lürbke, Marc (FDP)	36
4.2.	Priggen, Reiner (GRÜNE)	60
6.2.	Wegner, Olaf (PIRATEN)	46
7.2.	Middendorf, Claudia (CDU)	44
9.2.	Kern, Walter (CDU)	59
10.2.	Biesenbach, Peter (CDU)	65
10.2.	Wolf, Sven (SPD)	37
11.2.	Klocke, Arndt (GRÜNE)	42
15.2.	Ellerbrock, Holger (FDP)	65
16.2.	Uhlenberg, Eckhard (CDU)	65
17.2.	Lohn, Werner (CDU)	55
17.2.	Brems, Wibke (GRÜNE)	32
18.2.	Laschet, Armin (CDU)	52
18.2.	Löcker, Carsten (SPD)	52
18.2.	Dr. Orth, Robert (FDP)	45
21.2.	Kieninger, Gerda (SPD)	62
22.2.	Beer, Sigrid (GRÜNE)	57
22.2.	Fricke, Stefan (PIRATEN)	51
24.2.	van den Berg, Guido (SPD)	38
28.2.	Seel, Rolf (CDU)	60

Ehemalige Abgeordnete – besondere Geburtstage ab 70

29.1.	Kern, Hans (SPD)	80
4.2.	Hardt, Hans Günter (CDU)	90
4.2.	Kniola, Franz-Josef (SPD)	70
5.2.	Krupp, Bruno (SPD)	85
6.2.	Jansen, Karlheinz (CDU)	70
18.2.	Dr. Rödding, Gerhard (CDU)	80
18.2.	Louven, Julius (CDU)	80

## Verstorben

22.11. Helmut Müller (SPD) MdL 1982-1990

## Treffen & Termine

29.1. Würdigung der karnevalistischen Brauchtumpflege und Empfang der Prinzenpaare

15.2. bis 28.2. Ausstellung „Denkmalpflege“ der NRW-Stiftung

19.2. bis 7.3. Ausstellung „Geschichte aus der Nähe – Josef Capek“

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Kirchenrat Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Prälät Martin Hülskamp, laden vor der Plenarsitzung ein: am 24. Januar 2013 um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück, um 9 Uhr zur Landtagsandacht im Raum der Stille (Bürgerhalle).

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Vive la France

Blau-weiß-rot: die Farben der Trikolore. Lange Zeit galten sie aus Sicht des damaligen deutschen Reiches als die Farben des „Erbfeindes“. Nach drei Kriegen innerhalb von 70 Jahren waren es nach dem Zweiten Weltkrieg Konrad Adenauer und Charles de Gaulle, die aus einer scheinbar unversöhnlichen Feindschaft eine mittlerweile nicht mehr wegzudenkende Freundschaft machten. Anlass genug für den Landtag NRW, das fünfzigste Jubiläum des Élysée-Vertrags zu feiern, mit dem die Gründerväter am 22. Januar 1963 das neue Gefühl der Zusammengehörigkeit besiegelten: mit einem parlamentarischen Abend, an dem Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, so der französische Botschafter Maurice Gourdault-Montagne (im Bild oben zwischen Landtagspräsidentin Carina Gödecke und Vizepräsident Oliver Keymis), teilnahmen. Aber auch Jugendliche – bis heute eine besondere Zielgruppe des Freundschaftsprozesses – übernahmen beim Festakt im vollbesetzten Plenarsaal eine aktive Rolle. Aus Anlass des Jahrestags gibt es auch eine Ausstellung, die bis zum 1. Februar im Landtag zu sehen ist. Zu beidem in Kürze ein Video auf der Youtube-Seite des Landtags ([www.youtube.com/NRWLandtag](http://www.youtube.com/NRWLandtag)).

Fotos: Dietsch / Schälte